

Politik auf Abwegen: NSDAP 1920-1933.

I.

In heutiger Erinnerung an die Weimarer Republik erschreckt die Gewalt ihrer Gegner in den Anfängen mit den Morden an Rosa Luxemburg, Hugo Haase, Karl Liebknecht und Kurt Eisner, mit der Niederschlagung der Räterepubliken 1919, mit dem «Kapp-Putsch» 1920, mit den Morden an Mathias Erzberger 1921 und an Walter Rathenau 1922.

Die Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung am 19. Januar 1919 brachten bei Beteiligung von 83% der Frauen und Männer den republikanischen Parteien SPD, DDP und Zentrum eine grosse Mehrheit von 330 der 423 Sitze. Die linke Opposition der USP ebenso wie rechts die DVP erhielten je 22 Sitze und die anti-republikanisch konservative DNVP 43. Auf Druck von rechts fand die Wahl zum ersten Reichstag schon am 7 Juni 1920 statt. SPD, Zentrum, die neue Bayrische Volks Partei eingerechnet, und DDP erhielten nur noch 226 von 459 Sitzen, vor Allem SPD und DDP hatten erhebliche Verluste, der Gewinn lag bei USPD (84 Sitze) und DVP (65) und erheblich geringer bei der DNVP (71). Der Rückgriff der Vorläufigen Regierung auf zahlreiche Freiwilligen-Gruppen der Armee in Auflösung, die blutige Repression der im Bayrischen Freistaat am 7. April 1919 ausgerufenen Räterepublik, der Kapp-Lüttwitz-Putschversuch vom 13. März 1920, die Unterdrückung des Arbeiteraufstandes im Ruhrgebiet im März 1920 und nicht zuletzt die innenpolitisch spaltende Diskussion um und über den am 28 Juni 1919 in Versailles unterzeichneten Friedensvertrag hatten das Meinungsspektrum verändert.

Im Kaiserreich hatten Bürgerliche, Kolonialpolitiker und Sympathisanten den «Alldeutschen Verband» gegründet zur Unterstützung des Flottenbaus, der Kolonialpolitik, des «Deutschtums» und der Bekämpfung von Minderheiten. Ideologisch ging es um Nation und Volk, zwei schillernde Begriffe, der eine eher als politische Konstruktion empfunden der andere eher abhebend auf «völkische» Zusammengehörigkeit auf Grund von «Natur-» -Gegebenheiten und -Merkmalen bis hin zu mythischen. Nach der Jahrhundertwende radikalisierte sich der Verband regierungskritisch, teilweise mit protestantisch religiös völkischer Tendenz, rassistisch und im Reich vor Allem anti-semitisch. Sein Symbol: das Hakenkreuz. Er trat für maximale, expansionistische Kriegsziele ein, hatte Einfluss im Kreis um Ludendorff. Am 18. Februar 1919 wurde die Neben- und Tarnorganisation «Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund» gegründet, der beim Verbot nach dem Rathenau-Mord 1922 180 000 Mitglieder zählen sollte. Spätere NSDAP-Funktionäre waren Mitglieder, vor allem auch jüngere wie Daluge, Hellmuth, Heydrich, Oberheid, Best.

Ein Jahr später, in den Februar 1920, fällt rechtzeitig zum Wahlkampf zur ersten Reichstagswahl die Erste Gründung der NSDAP (Umbenennung der Deutschen Arbeiter Partei (DAV) durch die Mitgliedergruppe Adolf Hitler (1889-1945), Dietrich Eckart (1868-1923), Hermann Esser (1900-1981), Rudolf Hess (1894-1987), Ernst Röhm (1887-1934), Gottfried Feder (1883-1941). Eine ultrarechte, vor allem antisemitische Splitterpartei. Verbote 1922 in einigen Ländern, nicht in Bayern. Der Gründer der DAP, der Eisenbahnschlosser Anton Drexler (1884-1942) und der (noch) verdeckt für die Reichswehr in der Münchener Szene arbeitende Hitler hatten das Parteiprogramm geschrieben, dass Hitler Ende Februar vor 2000 Menschen im Münchener Hofbräuhaus vortrug:

«Viele der 25 Punkte unterschieden sich in ihrer Zielsetzung nicht von anderen völkischen Programmen der Zeit. Gefordert wurden die Aufhebung des Versailler Vertrages, der Anschluss Österreichs, die Rückgabe der Kolonien und die Verstaatlichung von Großbetrieben. Für den Mittelstand wurde die Auflösung der Warenhäuser zugunsten der kleinen Gewerbetreibenden verlangt, für die Bauern in einer schwammigen Formulierung eine den „nationalen Bedürfnissen angepasste Bodenreform“. Von dem damals bekannten völkischen Wirtschaftstheoretiker Gottfried Feder stammte die Forderung nach „Brechung der Zinsknechtschaft“, was die Abschaffung von Einkommen aus Zinserträgen bedeuten sollte. „Arbeit“, vor allem Handarbeit, stand im Mittelpunkt und die Parole: „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“. Insbesondere zielte das Programm auf die Herstellung einer „Völksgemeinschaft“ ohne Juden. Unter Punkt 4 hiess es klipp und klar: „Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksicht auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein.“»
(Bundeszentrale für politische Bildung <https://www.bpb.de/izpb/137186/aufstieg>)

Anzumerken wäre vielleicht, dass hinsichtlich ihres Wirtschaftsprogramms die Partei sich im August 1921 zugunsten der eher ungenauen Ideen Gottfried Feders zu Bankenverstaatlichung und anderen autoritären

Massnahmen entschieden hatte. In Betracht gekommen und abgelehnt worden waren die anarchistisch inspirierten Lehren von umlaufbasiertem Geld und Bodenreform des Kaufmanns und Landwirts Silvio Gesell (1862-1930). Beide waren als Kritiker der Zins- und Kreditzinswirtschaft bei Veranstaltungen der nicht weniger antisemitischen Schwesterpartei der Deutschsozialisten, einer Gründung des Schutz und Trutzbundes, aufgetreten. Gesell war im Frühjahr 1919 eine Woche lang Volksbeauftragter für Finanzen der Münchener Räterepublik gewesen, wurde inhaftiert, im Juli von einem Standgericht von der Anklage des Hochverrats freigesprochen und aus Bayern ausgewiesen. Sporadische antisemitische Klischees, jedenfalls zu Anfang, potentiell faschistische Tendenzen oder eher nicht: Gesell hat immer wieder nicht nur «alternative» Geld- und Wirtschaftsüberlegungen angeregt.

Die Hitlerpartei finanzierten Leute aus den Kreisen des Alldeutschen Verbandes und des Schutz und Trutzbundes, wie der Verleger medizinischer Fachbücher und der völkischen Zeitschrift «Deutschlands Erneuerung», Julius Lehmann; der Vorsitzende des exklusiven geheimen Thule-Klubs im Münchener Luxuhotel Vier Jahreszeiten, Rudolf Glauer alias von Sebottendorf, der den «Münchener Beobachter» kaufte, umbenannt ab August 1919 in Völkischer Beobachter (VB); der Klavierfabrikant Edwin Bechstein; der Kunst-Verleger Hugo Bruckmann der 1899 mit Julius Meier-Graefe in Paris die den Arbeiten Henry van de Velde gewidmete Zeitschrift «Dekorative Kunst», französisch «L'Art décoratif», gegründet hatte; ab 1922 auch ein dubioser «Spendenvermittler» Kurt Lüdecke, antisemitischer Agent von Henry Ford und enger Freund Röhm's. Im Dezember 1921 half Hitlers «Mentor», der antisemitische Autor und Verleger Dietrich Eckart beim Kauf des Völkischen Beobachters durch die Partei und übernahm die Chefredaktion. Gemäss dem Tätigkeitsfeld und den Interessen der Finanziere ist anti-demokratische Propaganda die Vokation der neuen Partei mit dem Ziel die Arbeiterparteien zu schwächen. 1920 ist das, was die Mehrheits-SPD angeht zwar deutlich gelungen, ging aber ganz und gar nicht auf das Konto der NSDAP.

Das Programm der Hitlerpartei entspricht gängigen Ideen der «Völkischen Bewegung». Die Besonderheit lag in der kompromisslosen Fokussierung auf anti-jüdische Diskriminierung und ihre Verbreitung mit allen Mitteln der Propaganda im Einsatz für politischen Gewinn an Macht und Bedeutung. «Identitätsstiftend» für die Partei und zwanghaft wirksam für Anhänger von Anfang an die faktisch absurde, in abstrusen theologischen und biologischen Theorien «Wahrheit» suchende, zwanghafte Schuldzuweisung an andere: der Antisemitismus. Ein psychisch entlastender, «befreiender», Aktionismus gegen «Eindringlinge», in der Teilhabe am «heroischen Kampf» gegen eine (fiktive) Gesamtheit, die dementsprechend bar aller Realität als äusserst gefährlicher Feind zu gelten hat. Eine «Lizenz» für Schmähung, üble Nachrede, Entwürdigung, Quälerei und sadistische Triebbefriedigung. Ein zynisch kalkulierter Kitt der eigenen Reihen und Anhängerschaft. Eine Nekrophilie, die vom Töten anderer zur Illusion eigener Größe führt.

Wenn manchmal von «Nationalsozialistischer Ideologie» die Rede ist: aus meiner Sicht hat es die, auch nur irgendwie eigenständig, nicht gegeben, im Gegensatz zur zweckmässig variablen NS-Propaganda, die sehr heterogenen Bruchstücke vieler Quellen vereinnahmte. Intellektuellen in der Partei und in Zielgruppen ihrer Propaganda boten sich gleichzeitig vermeintlich oder tatsächlich das Parteiprogramm stützende Texte vornehmlich konservativer Autoren an. Ideen von geistiger und sozialer Reform und Neuaufbruch mochten nach Orientierung suchenden Köpfen den Weg zur NSDAP Mitgliedschaft haben bereiten können. So von Autoren wie Arthur Moeller van den Bruck (1876-1925), Kriegsfreiwilliger im (Presse-) Dienst der Auslandsabteilung der Obersten Heeresleitung, der 1916 «Der Preussische Stil» und 1923 «Das Dritte Reich» publizierte und 1919 mit anderen den Berliner Juniclub gründete in dem sich bis 1924 mindestens allwöchentlich um die 150 Mitglieder trafen und über soziale, konfessionelle und weltanschauliche Schranken hinweg, die täglichen Ereignisse diskutierten. Hitler konnte bei einem Auftritt 1922 keinen einzigen Anhänger gewinnen. Zeitweilig «en vogue» waren auch die Ideen von Artur Mahraun, Führer des Freikorps eines Kasseler Regiments und bis 1920 Hauptmann der Reichswehr. Mahraun gründete im März 1920 mit seinen und anderer Freicorps-Freiwilligen den «Jungdeutschen Orden», der sich auf Regierungsseite am «Ruhrkampf» beteiligte. In Gruppen von Bruder- und Schwesterschaften über das ganze Reich verteilt, in den Bezeichnungen im hierarchischen Aufbau an mittelalterliche Ritterorden erinnernd, zählte er bald einige zehntausend Mitglieder. Er propagierte einen auf Nachbarschaften aufbauenden demokratischen Staat, Juden waren vom Orden ausgeschlossen. Doch als die völkischen Mitglieder in Nordbayern 1923 Hitler unterstützten entzog Mahraun der «Ballei» Franken die Ordenszugehörigkeit. Er trat für Versöhnung mit Frankreich ein, Stresemann soll ihn geschätzt haben, den Nationalisten galt er als Verräter. Der Orden verbreitete Mahrauns Ideen im eigenen Verlag und publizierte zeitweilig sogar eine Tageszeitung. 1933 kam der Jungdo der Auflösung «von oben» zuvor, Mahraun wurde verhaftet und

misshandelt, kam nach ein paar Monaten frei und hielt sich versteckt bis 1945. Spätere NS-Intellektuelle, so Reinhard Höhn, der Nachkriegsleiter der Wirtschaftsführerakademie Bad Harzburg, mehrere Einsatzgruppenleiter, aber auch Harro Schulze-Boysen, ab 1933 im Widerstand, waren Ordensmitglieder. Schliesslich spielte bei intellektuellen Lesern die bei Eugen Diederichs in Jena erscheinende Monatszeitschrift «Die Tat» eine große Rolle seit ab Oktober 1929 Hans Zehrer, Ferdinand Fried, Ernst Wilhelm Eschmann, Giselher Wirsing und Horst Grünberg sie ausfüllten, Zehrer sie redigierte und mitten in der Krise die Auflage in zwei Jahren um das 20fache auf 32 000 steigern konnte. Zehrer propagierte eine grossspurig daherkommende «Vision». Er forderte, die Krise als «reinigend» bejahend, die Vernunft als zerstörerisch verdammend, einen quasi-religiösen Glauben als aufbauende Kraft.

«Der Weg der Zukunft führt dahin, diesen Menschen rechts mit dem Menschen links zusammenzuführen und umgekehrt und aus beiden eine neue Volksgemeinschaft zu schaffen unter dem Mythos einer neuen Nation».

In Heft 47 der Weltbühne vom 22. November 1932 schrieb Thomas Murner (Carl von Ossietzky), die Autoren des «Tatkreises», «liberalistische Bürger» wie auch Otto Straßer und Ernst Jünger würden sich «mit ekstatischen Gebärden dem Rechtsradikalismus in die Arme werfen». 1956 bekannte Ernst Wilhelm Eschmann im Gespräch mit Kurt Sontheimer: «Wir haben den Nationalsozialismus völlig falsch eingeschätzt. Wir wußten nichts von der tatsächlichen Macht dieser Bewegung. Wir hielten diese Leute für nicht intelligent genug und glaubten, daß es auf Intelligenz in der Politik ankäme. Das Jahr 1933 bedeutete für uns das große Erwachen» und weiter: «Wir hatten keine richtigen Prinzipien. Wir hielten alles für möglich. Die Idee des Naturrechts, der unveräußerlichen Rechte des Menschen war uns fremd. Wir hingen ideenmäßig gänzlich in der Luft, ohne eine tragfähige Basis für unsere Konstruktionen zu besitzen», Sontheimer schloss 1959 man könne die von der Tat und ab September 1932 von der assoziierten Berliner «Täglichen Rundschau verbreiteten Vorstellungen, als «Salon-Nationalsozialismus» bezeichnen. (Kurt Sontheimer, Der Tatkreis http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1959_3.pdf). Als Sontheimers Artikel erschien war Hans Zehrer ein Freund Axel Springers und Chefredakteur der Tageszeitung «Die Welt».

Der Krieg hatte 10 Millionen Soldaten das Leben gekostet. Die hauptbeteiligten Staaten brachten, wobei die Literaturangaben stark von einander abweichen, insgesamt über 200 Milliarden Dollar (mehr als 1 Billion Goldmark) auf. Davon das Britische Empire etwa eben so viel wie Deutschland und Österreich zusammen, Frankreich und die 1917 in den Krieg eingetretenen USA jeweils halb so viel wie die genannten, Russland etwas weniger, Italien halb so viel wie Frankreich. das Osmanische Reich, Bulgarien, Rumänien, Serbien und Japan nicht gerechnet.

Am 10. Mai 1921, zwei Tage vor Ablauf des «Londoner Ultimatum» der Alliierten das die Besetzung des Ruhrgebietes androhte, votierten 220 Reichstagsabgeordnete gegen 172 für die Annahme eines Reparationszahlungsplans über 132 Milliarden Goldmark in 42 Jahresraten. Der US-Senat hatte es am 19. März 1920 abgelehnt, den Versailler Vertrag zu ratifizieren, weil er im ersten Teil die Völkerbundsatzung beinhaltet. Mit der Satzung hätten die USA die Interventionsverpflichtung der Mitglieder akzeptiert. In einem Separat-Friedensvertrag vom 25. August 1921 anerkannte Deutschland jedoch die Ansprüche, die den USA nach dem Versailler Vertrag zugekommen wären. Die Verpflichtungen der anderen Alliierten durch ihre Kriegsanleihen direkt oder indirekt in den USA hatten bei den Reparationsforderungen mitgespielt. Gesamtsumme: 26,5 Milliarden \$. Die Lenin-Regierung verweigerte die Übernahme der Schulden des Zarenreichs. Die Franzosen hatten Kriegskredite vor allem in England aufgenommen, die Briten hatten diese und die eigenen durch Kredite amerikanischer Banken finanziert. Als die Briten gegen die Franzosen die deutsche Beteiligung an der Festsetzung der Reparationen durchsetzten, blieben Affront, britische militärische Auftritte in Deutschland und Ultimaten nicht aus bis es zu jenem 10. Mai 1921 gekommen war, den die Propaganda der Feinde der Republik fortan als den Anfang einer «Erfüllungspolitik» darzustellen bestrebt war. Alle Regierungen der deutschen Republik hatten als aussenpolitisches Hauptziel die Revision von Auflagen des Friedensvertrags. Im August 1922 hatte Arthur Balfour erkennen lassen, dass seine Regierung von Deutschland und von den Alliierten nur soviel einfordern würde, wie sie brauche, um die Schulden in USA zu bedienen. Im Januar 1923 gipfelte die Auseinandersetzung um die Reparationsleistungen in der Ruhrbesetzung durch französische und belgische Truppen.

Ein «Vorgeschmack» provokativer «Kampf»-Propaganda:

«Zum „Deutschen Tag“ im nordbayerischen Coburg am 14./15. Oktober 1922, einem Aufmarsch der Rechtsradikalen aus allen Teilen Deutschlands, erschienen Hitler und die übrige Parteiführung in einem eigens angemieteten Sonderzug mit rund 800 SA-Männern, die trotz eines polizeilichen Verbots in geschlossener Formation marschierten, Hakenkreuzfahnen entrollten und eine Massenschlägerei mit sozialistischen Arbeitern am Strassenrand provozierten. Obwohl die NSDAP-Delegation zu den kleinsten gehörte, hatte sie sich mit Gewalt erfolgreich einen Namen in Nordbayern gemacht. Als sich ebenfalls im Oktober der einflussreiche völkische Politiker Julius Streicher in Nürnberg mitsamt seiner Anhängerschaft der NSDAP unter Hitler anschloss, war die Partei erstmals über München hinausgekommen und hatte ihre Mitgliederzahl auf rund 20000 verdoppelt.» (Bundeszentrale für politische Bildung <https://www.bpb.de/izpb/137186/aufstieg>)

«Am 3. November 1922 erklärte Hermann Esser, der Schriftleiter des Völkischen Beobachters (VB), inspiriert vom Marsch auf Rom der italienischen Faschisten wenige Tage zuvor, das sei auch in Deutschland möglich: „Den Mussolini Italiens haben wir auch in Bayern. Er heißt Adolf Hitler.“ beziehungsweise dieser sei „Deutschlands Mussolini“. Einen Monat später erklärte der VB Hitler – ebenfalls in Anlehnung an den italienischen „Duce“ – zum Führer nicht mehr nur der Partei, sondern für ganz Deutschland. 1923 wurde Esser, der als guter Redner galt, zum ersten Propagandaleiter der NSDAP berufen. Er verschärfte seine antisemitische Polemik und forderte öffentlich, alle Juden in Lagern zu internieren und einige 10.000 zu erschießen, bis die französische Ruhrbesetzung, die er auf jüdische Umtriebe zurückführte, beendet sei.»(Wikipedia Esser) - Esser, 1926 von Rosenberg als Redakteur des VB abgelöst, gründete den Illustrierten Beobachter den er bis 1932 leitete. Autor einer antisemitischen Hetzschrift 1927, 1932, im bayrischen Landtag, Staatsminister.

Im Dezember 1923 in London und Anfang Januar in Paris konferierten die Alliierten über deutsche Vorschläge zur Stundung der Reparationszahlungen und Konsolidierung von Wirtschaft und Finanzen. Eine Einigung wurde nicht erreicht, sicherheitspolitische Vorstellungen der Franzosen erwiesen sich als das Hindernis. Ein relativ geringer Rückstand von 10-15% bei den Deutschen Kohlelieferungen war mehr ein Vorwand als der Grund für die Besetzung des Ruhrgebiets durch französische und belgische Truppen am 11. Januar 1923.

«Der französische Ministerpräsident Poincaré hatte vor allem die staatlichen Kohlengruben im Ruhrgebiet im Visier. Insgesamt zielte die Politik Poincarés, für den der Versailler Vertrag keine ausreichende Sicherheit für Frankreich bot, auf die völlige Ausschaltung Deutschlands als Machtfaktor durch den Einsatz der Zwangsmaßnahmen des Versailler Vertrags. Die Vorbereitungen für den Ruhreinmarsch waren längst getroffen, als die englische, französische und italienische Regierung ihre Reparationspläne auf der Pariser Konferenz vorlegten. Einhellig wurde der Plan des englischen Premierministers Bonar Law, der von einer deutschen Gesamtleistung von 50 Milliarden Goldmark ausging und durch zusätzliche Reduktionen eine Summe von 40 Milliarden Goldmark vorsah, abgelehnt.» (Doris Pfleiderer, Deutschland und der Youngplan, Hist.Inst. Universität Stuttgart 2002 <https://elib.uni-stuttgart.de/bitstream/11682/5241/1/young.pdf>)

Die Kosten des von der Reichsregierung mit gewerkschaftlicher Unterstützung unternommenen passiven Widerstandes, ein für radikale Gruppen nicht nur passiver «Ruhrkampf», ließen die Währung zusammenbrechen, die Mittelschichten verarmen und Lohnarbeiter die Lasten tragen. In Sachsen und Thüringen bestanden Volksfrontregierungen und sowjetisch orientierte Kommunisten dachten an Umsturz. Da die Franzosen an bedingungsloser Aufgabe festhielten, akzeptierte die Regierung Stresemann am 26. September 1923 die völlige Niederlage. Vom 15. Oktober datiert die Rentenbankverordnung. Mit der «Rentenmark» wurde vorläufig eine an Hypotheken auf Immobilien gekoppelte Sachwährung in Umlauf gebracht und die Ausgabe der Mark bei einem Kurs von 4,2 Billionen Mark pro Dollar eingestellt. Ein erster Schritt zur Stabilisierung war getan, weitere folgten. So auch am 22. Dezember 1923 die Ernennung von Hjalmar Schacht, ehemals Direktor der Darmstädter und Nationalbank, ein Freund Stresemanns, zum Präsidenten der Reichsbank.

In Sachen Reparationen bot der Versailler Vertrag bei Zahlungsunfähigkeit die Möglichkeit, ein Moratorium und eine Überprüfung der deutschen Leistungsfähigkeit zu beantragen. Der Antrag wurde am 13. November gestellt und am 30. von der Reparationskommission angenommen. Am 14. Januar 1924 konstituierte sich in Paris ein Expertenkomitee dem jeweils 2 Delegierte Englands, Frankreichs, Italiens und Belgiens angehörten. Eine deutsche Beteiligung hatten die Franzosen abgelehnt. Da amerikanische Wirtschaftsinteressen in Deutschland auf dem Spiel standen, war die US-Administration bereit, zwei

führende Fachleute zu entsenden. Charles Dawes war Präsident der Central Trust Bank, zeitweilig Direktor des Regierungshaushalts und im Krieg als General der Organisator des Nachschubs der US-Armee in Frankreich. Er hatte die Ruhrbesetzung gebilligt und übernahm jetzt den Vorsitz im Komitee. Der zweite war Owen Young, Aufsichtsratsvorsitzender von General Electrics und Gründer von RCA (Radio Corporation of America), ein Demokrat, während Dawes zur Republikanischen Partei tendierte. Am 9. April lag das Gutachten der Reparationskommission vor, die es guthieß und an die Regierungen weiterleitete. Am 14. April stimmte die Reichsregierung zu und Verhandlungen über die Durchführung konnten aufgenommen werden. Am 5ten August folgten Reichskanzler, Außen- und Finanzminister begleitet von Staatssekretären und Ministerialbeamten der Einladung nach London. Komplexe Regellungen zur Durchführung des «Dawesplan», der in der Sache eher Youngs Werk war, wurden vereinbart. Bezüglich der Aufbringung der Zahlungen aus dem Staatshaushalt, aus Reichsbahneinnahmen, aus der Industrie etc., bezüglich des Transfers in die Fremdwährungen durch ein eigenes Gremium, bezüglich der Einführung einer neu auf Gold basierten «Reichsmark», bezüglich der Unabhängigkeit der Reichsbank, bezüglich Sanktionen bei Zahlungsverzug usw... Die Durchführungsgesetze wurden am 29. August im Reichstag angenommen. Eine Anleihe über 800 Millionen Goldmark wurde aufgelegt und am 1. September nahm als vorläufiger Generalagent der Reparationskommission Owen Young in Berlin die personelle Besetzung der vereinbarten Plandurchführungsgane in die Hand und auch die erste Zahlung über 20 Millionen Goldmark in Empfang.

Vorübergehend große Aufmerksamkeit im In- und Ausland erregte am 9.11.1923 der Hitler-Ludendorff Putschversuch in München der an der Vernunft des keineswegs Berlin-treuen Generalstaatskommissars von Kahr und der örtlichen Reichswehr scheitert. Poincaré wandte sich umgehend an Stresemann. Die NSDAP wird reichsweit verboten. Die Urteile im «Hitlerprozess» am 1.4.1924 waren kaum geeignet das Vertrauen in die Republik zu stärken. Hitler wird zu 5 Jahren Festung verurteilt, verbüsst aber nur wenige Monate. Rosenberg erhält den Auftrag eine «Ersatzpartei» zu organisieren Esser und Streicher sind die Ausführenden. Die zweiten Reichstagswahlen stehen an.



<https://www.historisches-lexikon-bayerns.de> (o.Urheber)

Ludendorff wurde freigesprochen und kann seine Partei zu den Maiwahlen 1924 führen. Ein Teil der NSDAP schließt sich an. Mit anderen ultrarechten Gruppen entsteht ein Wahlbündnis. Es erhält 32 Abgeordnete. Unter ihnen Feder, Kriebel, Ludendorff, Reventlow, Röhm, Stöhr, Vahlen. Die expliziten Gegner der Republik standen damit an 4ter Stelle hinter SPD mit 100, DNVP mit 95, Zentrum mit 65 und KPD mit 62 Sitzen und vor DDP mit 28, BVP mit 16, Landliste (Bauernvereine in Württemberg, Thüringen, Baden, Hessen und Hessen sowie Reichlandbund) mit 10, Mittelstandspartei mit 7, Deutsch-Hannoversche Partei mit 5, Deutschsoziale Partei mit 4 und Bayrischer Bauernbund mit 3 Sitzen. Gewinner war die Rechte aber noch konnte sich, von der SPD toleriert ein weiteres Kabinet Marx halten. DNVP und extreme Rechte hatten Wahlkampf gegen den Dawesplan geführt, die KPD ihn als «Versklavung des deutschen Proletariats.» dargestellt.

Die Dezemberwahlen 1924 (3. Reichstag der Republik) bringen den rechten Ultras nur noch 14 Sitze (von den genannten wiedergewählt: Feder, Ludendorff, Reventlow, Stöhr; neu gewählt: Frick, Gregor Strasser.) Sie rutschen auf den 8ten Platz ab hinter SPD mit 131, DNVP mit 103, Zentrum mit 69, DVP mit 51, KPD mit 45, DDP mit 32, BVP mit 19 Sitzen und vor Mittelstandspartei mit 12, Landbund mit 8 Bayrischer Bauern und Mittestandsbund mit 5 und Deutsch-Hannoversche mit 4 Sitzen. Marx gelingt es nicht mit der SPD eine große Koalition zu bilden, im Kabinett des parteilosen Hans Luther fungieren neben Zentrum, DVP, BVP und DDP auch 3 DNVP Mitglieder. Letztere nur bis zu ihrem Rücktritt im Oktober 1925 aus Protest gegen die Annahme des Locarnopaktes.

* * *

Die Geschwister Strasser, die Politiker Gregor 1894-1934 und Otto (1897–1974), Apotheker der eine, Publizist und Verleger der andere, der Benediktinermönch Paul (1895-1981), die Schwester Olga (1899-) und der jüngste der Brüder, Anton (1906–1943) waren Kinder eines bayrischen Juristen in Staatsdiensten. Gregor und Otto Soldaten von Anfang an, am Ende Oberleutnant und Leutnant. Otto promoviert in Staatswissenschaften, Gregor beendet sein Pharmaziestudium. Beide zunächst links orientiert und publizistisch tätig. 1920 Otto engagiert gegen Kapp-Putsch, ist beeindruckt von Arthur Moeller van den Brucks (1875-1923) Ideen eines «deutschen Sozialismus», einer «konservativen Revolution». Gregor, Ende 1922 NSDAP-Mitglied, organisiert SA-Gruppen in Landshut und anderswo in Niederbayern (Heinrich Himmler zeitweilig sein Adjutant), schlägt Hitler zum 1. Mai 1923 einen Putschversuch vor, der ist jedoch (noch) nicht bereit. Zum Hitler-Ludendorff-Abenteuer im November trifft seine Truppe verspätet ein, nach dem Verbot dauert ihre Entwaffnung Monate. Mit dem Propagandaerfolg des Hitler Prozesses und durch die Verbindung mit der «völkischen» Gruppierung um Ludendorff und Alexander von Graefe bei heftiger Ablehnung derjenigen um Streicher und Esser, gelingt Gregor am 6. April 1924 der Einzug in den bayrischen Landtag und im Dezember 1924 in den 3. Reichstag. Im Oktober 1925 stellt Gregor mit einer nord- und westdeutschen Arbeitsgemeinschaft die NSDAP auch im Norden auf festen Fuß: Geschäftsführer Joseph Göbbels (1897-1945). Otto jetzt auch Parteimitglied als die Brüder Ende 1925/Anfang 1926 in Berlin mit dem Kauf mehrerer Lokalblätter den «Kampfverlag» gründen, Gregor sein Landtagsmandat abgegeben hat, und beide im Verein mit Göbbels in Berlin einen Parteiflügel leiten, dessen ideologische Orientierung den Süddeutschen um den Autokraten Hitler stört. Zu einem Drittel am Verlag beteiligt: Hans Hinkel (1901-1960), der spätere Leiter des Sonderreferats «Judenfragen» im NS-Propagandaministerium. Ebenfalls beteiligt der Greifswalder Mathematiker Theodor Vahlen (1865-1945), Antisemit und Vertreter einer «Deutschen Mathematik», erster Gauleiter der Partei in Pommern. Im Kampfverlag erscheinen zahllose Broschüren und Flugschriften, auch die relativ einflussreiche «Berliner Arbeiterzeitung» und die «NS-Briefe». Eine starke Konkurrenz von «Parteilinken» für Hitlers Münchener Parteiverlag Eher und seinen Leiter Max Amann (1891-1957).

Während der norddeutsche Flügel an «sozialrevolutionären» Vorstellungen festhält, sieht Hitler Machtgewinn und seine «Führerschaft» durch solche Festlegung der Partei mit Skepsis, schliesslich ist kaum zu übersehen, wie stark im Land Kreise sind, die, was auch nur nach links aussieht, mit allen Mitteln bekämpfen. Wer sich im bestehenden «System» durchsetzen möchte, kann nicht gleichzeitig gegen links und rechts antreten. Die Ausrichtung auf die Arbeiterschaft muss Hitler «managen» solange sie Mitglieder bringt. Die Berliner unterstützen 1925 Initiativen gegen die Rückerstattung beschlagnahmten Fürstenvermögens, entsprechend einem von den Kommunisten ausgehenden Vorschlag für ein Volksbegehren. Im März 1926 erzielt das Volksbegehren das mehr als dreifache Quorum. Ein Gesetz zur entschädigungslosen Enteignung hätte den Volksentscheid erübrigt, wurde aber Anfang Mai im Reichstag von der Mitte-Rechts-Mehrheit abgelehnt Hitler wies «seine» Abgeordneten an, dagegen zu stimmen (nicht die Fürsten, die Ostjuden solle man enteignen...). Der Volksentscheid im Juni scheiterte, weil Hindenburg und Kabinett sich mit der Rechtsauffassung durchgesetzt hatten, dass Gesetz ändere die Verfassung und nicht die einfache, sondern die absolute Mehrheit der Stimmberechtigten sei erforderlich. Wahlenthaltung zählte somit als Nein. Nur in Berlin, Hamburg, Leipzig stimmten mehr als 50% mit Ja. Reichsweit waren 14,5 der 15,6 Millionen abgegebenen Stimmen Ja-Stimmen.

Ein Dorn im Auge nicht nur der extremen Rechten: In den Locarno-Verträgen vom Oktober 1925 verzichteten Frankreich, Belgien, Deutschland auf die gewaltsame Veränderung ihrer Grenzen, Kanzler Luther und Außenminister Stresemann bestätigen die in Versailles festgelegte Westgrenze ebenso wie die Entmilitarisierung des Rheinlands. Großbritannien und Italien verpflichten sich, im Streifall zu Gunsten der geschädigten Seite einzugreifen. Die außenpolitische Isolierung der jungen Republik ist damit beendet, der Beitritt zum Völkerbund wird vereinbart. Die Frage der Ostgrenze bleibt unregelt. Während im Kölner Raum Franzosen und Belgier im Januar abziehen und «Befreiung» gefeiert wird, kann Stresemann den weiteren Rückzug nicht erreichen, die englische und französische Besatzung finden erst 1930 ihr Ende, immer noch erheblich früher als in Versailles festgelegt.

Im Februar 1925 hatte sich die NSDAP neu gegründet: im Bild von der Gründung: Rosenberg, Buch, Schwarz, Hitler, Gregor Strasser, Himmler. Hitler will seine Partei zu anderen Völkischen (Ludendorff,

Graefe) Splitterparteien auf Abstand bringen. Schon bevor am 1. Januar 1925 das preußische Verbot aufgehoben wurde, hatten die Strasserbrüder, Göbbels und Franz Pfeffer von Salomon (1888-1968, Oberst und Kapp-Putschist) die Nordwestdeutsche NSDAP aufgebaut. 1926 in Berlin nicht mehr als ein paar hundert, meist bürgerliche und intellektuelle Mitglieder und in der Propaganda, im Tenor der Blätter des Kampfverlages, stärker der «sozialistischen», sozialrevolutionären Tendenz verpflichtet als dem theoretisch-ideologische Prinzipien missachtenden Autokraten Hitler passt.



Bei einer zum Zweck einbestellten «Führertagung» in Bamberg am 14 Februar 1926 verkündet der Chef sein neues Ziel, sich und die Partei auf legalem Weg an die Macht zu bringen. Unter seiner bedingungslosen, «charismatischen» Führerschaft und mit einem rückhaltlosen, propagandistischen Aktivismus aller Anhänger. Gregor Strasser stellt seine Vorbehalte gegen Führungsstil und neue Richtlinie zurück. Erster Schritt zur aggressiven Propaganda für eine «fanatische Massenanhängerschaft» und gleiche Ausrichtung in allen «Gauen»: im März 1926 die Gründung einer Berliner SA mit reaktivierten, in Schlägereien mit Kommunisten erprobten Freikorpskämpfern und Mitgliedern von völkischen Sportvereinen. Diese Truppe zählt mit 500 Mann gleich mehr Mitglieder als die Partei. Das zweifelhafte Verdienst des Vorkriegs-Wandervogels und bei Kriegsende Offiziersanwärters Kurt Daluege (1897-1946), seit 1924 Ingenieur in städtischen Berliner Diensten. Dem späteren NS-Polizeigeneral und Heydrich-Nachfolger vergisst Hitler auch später nicht, dass er 1923 in Berlin mit seinen «Kämpfern» den Münchener Putschversuch unterstützt hat. «Kampfstil» der neuen Truppe und bisherige Propagandaaktivitäten der Berliner Parteiführung sind zu verschieden, es kommt zu heftigen Spannungen.

Da der Parteichef in Thüringen nicht wie vielerorts Rede- und Versammlungsverbot hat, findet der Parteitag 1926 am 4. Juli in Weimar statt. 7000 Anhänger marschieren durch die Stadt. Am 7. Juli wird die Vorläuferorganisation der «Hitlerjugend» gegründet. Ende 1926 zentralisiert Hitler die SA, die bisher den Gauleitern unterstand und macht von Pfeffer zum Obersten SA-Führer. Der formiert zügig aus 1924 ca 40 000 Mitgliedern eine straffe, relativ unabhängige Organisation mit steigenden Mitgliederzahlen und ernennt Himmler zu seinem Münchener Sekretär. Die bis zu Handgreiflichkeiten gehenden Auseinandersetzungen in der Berliner Partei beendet Hitler Ende 1926, indem er Goebbels, bis dato Gaugeschäftsführer Rhein/Ruhr in Elberfeld und Strassers Zeitungsredakteur, an Stelle des seit etwas mehr als einem Jahr amtierenden promovierten Juristen Ernst Schlange, einem Gegner der SA-Gründung, zum Gauleiter ernennt. Goebbels wird am 9. November noch von Otto Strasser eingeführt, sein Vorgehen und seinen bedenkenlosen Propaganda- «Stil» sehen die Strassers als Verrat: der Beginn von Zerwürfnissen und Feindseligkeiten. Auf Gregor Strasser kann Hitler nicht verzichten, ernennt ihn im September 1926 zum Propagandaleiter der Partei. 1928 wird er dann Reichsorganisationsleiter der aufkommenden Massenorganisation. Gregor Strasser hat seine Landshuter Apotheke 1927 verkauft.

Vom 8. September 1926 datiert der Beitritt des Reichs zum Völkerbund. Doch eine militärische Beteiligung zur Abwehr der Sowjetunion wird abgelehnt, seit April besteht ein fünfjähriger Freundschaftsvertrag, der militärische Beziehungen zwischen Reichswehr und Roter Armee einschliesst. Im Dezember kritisiert Philipp Scheidemann/SPD im Reichstag scharf diese Zusammenarbeit der Reichswehr und ebenso oder noch schärfer die mit rechten Kampforganisationen im Land.



Am 19 August 1927 findet der Parteitag mit ca 30 000 Teilnehmern zum ersten Mal in Nürnberg statt. Filmaufnahmen zeigen ein uniformiertes Spektakel mit Musikkorps und Aufmarsch im Luitpoldhain. Aus Berlin, wo die NSDAP von Mai 1927 bis März 1928 verboten, kommt plakatiert ein «Fussmarsch Berlin-Nürnberg Juli-Aug. Trotz Verbot nicht tot!» Zu sehen ist Hitler immer wieder, u.a. mit ausgestrecktem rechten Arm im offenen Mercedes, mit Gregor Strasser, Franz Pfeffer von Salomon. Auch Heß und Streicher figurieren. Hier im Bild Himmler, Strasser, Hitler, von Salomon.

1926 war Goebbels Gauleiter geworden und verfügte umgehend auch in Berlin über SA - «Kämpfer». Reinhold Muchow (1905-1933), überzeugter Anhänger der «sozialistischen» Strasser-Linie baute nach dem Muster der KPD und aggressiv fixiert auf die Auseinandersetzung mit dieser, eine Zellenorganisation der Partei bis in Arbeiterviertel hinein auf. Die ab 1928 manifeste ideologische Differenz kümmerte den auf Hitlerlinie umgeschwenkten Göbbels wenig angesichts von Muchows propagandistischer Effizienz. Die Berliner NSDAP zeichnet sich durch skrupellos provokatives Auftreten aus. Die Leitung sah in Schlägereien der SA publikumswirksame Propaganda. Was motivierte vor allem jüngere Menschen zur Mitgliedschaft?

«Aus der selbstvergessenen Flucht in die Dynamik der politischen Aktion erwächst der Anschein einer aufopfernden Gemeinschaftsgesinnung. Diese fatale Verwechslung von Mobilisation und Sozialismus, die mehr als sozialpolitische Ideologien der Berliner NSDAP zeitweilig den Ruf einer sozialistischen Revolutionspartei einbrachte, stand letztlich auch im Hintergrund, wenn später die organisierte und mobilisierte Zwangs-gesellschaft der Deutschen im Dritten Reich so nachhaltig als soziale Volksgemeinschaft stilisiert werden konnte.» (Martin Broszat VjhsHte f.ZG 8, H. 1, 1960)

Am 28. November 1926 endete eine Werbewoche des Reichsbanners, zum Abschluss kamen die Berliner Kreisvereine am Mittag auf dem Fehrbelliner Platz zusammen. Nationalsozialisten in einem Straßenbahnwagen beschimpften außenstehende Reichsbannerleute, die die Polizei riefen. Einer der Provokateure zog eine Pistole und schoss aus dem Wagen heraus. Es folgte eine Schlägerei, 14 Göbbelsleute wurden festgenommen, 4 RB-Leute erlitten Kopfverletzungen. (Vossische vom 29.11.1926, S.5)

Im Berliner Norden kam es am 11ten Februar 1927 zu schweren Schlägereien mit einer anderen völkischen Splittergruppe, als Rote Frontkämpfer eine Saalveranstaltung der Deutschsozialen Arbeiterpartei «aufrollten» bis die Polizei einschritt.

Am 20. März 1927 waren 40 Rotfront-Mitglieder auf der Heimfahrt im Zug Jüterbog-Berlin, als 240 Hackenkreuzler zustiegen. Es kam schon im Zug zur Schlägerei die auf dem Bahnhof Lichterfelde-Ost, dem Ziel der NSDAP-Leute, 20 Minuten lang eskalierte, es fielen ca 50 Schüsse von beiden Seiten. 18, zum Teil schwer Verletzte, grösstenteils Kommunisten, wurden ins Krankenhaus gebracht, 15 Personen der zuständigen Stelle im Polizeipräsidium vorgeführt. Ein Zug von NSDAP-Mitgliedern, Musikkapelle vorne weg, marschierte von Lichterfelde durch Berlins Straßen, an der Gedächtniskirche wurden zwei Männer und eine Frau unter antisemitischen Beschimpfungen zusammengeschlagen, desgleichen wenig später weitere zwei Männer, wobei die «völkischen Helden mit Stöcken und Schlagringen bewaffnet waren», so dass keiner der zahlreichen Passanten einzuschreiten wagte. Anschliessend zeigte auch die Polizei wenig Neigung den Vorfällen nachzugehen. (Berliner Volkszeitung vom 21.3.1927)

Am 1. Mai 1927 redet Hitler zum ersten Mal in Berlin. In geschlossener Gesellschaft, weil das inzwischen in Bayern aufgehobene Rede- und Versammlungsverbot in Preußen noch besteht. Am 5ten Mai berichtet die Vossische Zeitung, dass «der Führer der Berliner SA, Goebbels» bei einer stark besuchten Saalveranstaltung am Vorabend eine Liste der Redakteure linksgerichteter Zeitungen verlas, die über die Hitlerrede berichtet hatten und aufforderte, die Wohnungen auszukundschaften um ihnen gelegentlich einen «handgreiflichen» Besuch abzustatten. Als der Redner sich wegen der Berichterstattung in einem Berliner Zentrumsblatt in wüsten Schmähungen gegen die katholische Religion erging, habe ein Pfarrer Struwe ihm zugerufen: «Sie wollen ein Christ und ein deutscher Mann sein» worauf Göbbels in den Saal rief, «Schmeißt den Kerl raus! » Ein «20-Mann-Rollkommando habe den Pfarrer brutal zu Boden geschlagen und eine Treppe hinuntergeworfen. Der Schwerverletzte sei von der Polizei zu seiner Wohnung getragen worden. (Vossische vom 5.5. 1927 Seite 4). Noch am 5. Mai wird die NSDAP aufgrund der Gewalttätigkeiten und der antisemitischen Parolen und Schmährufe in Berlin verboten. Das Verbot wird im Hinblick auf die bevorstehenden Reichstagswahlen am 31.März 1928 aufgehoben.

Politik auf Abwegen: NSDAP 1920-1933.

IV.

Es hätte ein gutes Omen für die politische Entwicklung der Republik werden können: bei den Landtagswahlen in Braunschweig am 27. November 1927 verliert die DNVP 50 % ihrer Stimmen erhält nur 5 Sitze von 48, die NSDAP nur einen. 24 Sitze gehen an die SPD.

Die Reichstagswahlen am 20. Mai 1928 ergeben die bisher niedrigste Wahlbeteiligung an republikweiten Wahlen und für die NSDAP nach intensivst geführtem Wahlkampf unter Leitung von Heinrich Himmler ein enttäuschendes Ergebnis: die Partei zählt 12 Abgeordnete der 460 Männer und 33 Frauen des Parlaments sie steht an 9ter Stelle nach SPD mit 153, DNVP mit 73, Zentrum mit 61, KPD mit 54, DVP mit 45, DDP mit 25, Mittelstandpartei mit 23 und BVP mit 17 Sitzen und vor der Christlich-Nationalen Bauern und Landvolkpartei mit 9, der Deutschen Bauernpartei mit 8 Sitzen 4 weitere Parteien teilen sich 11 Sitze. Die NSDAP-Vertreter sind:

Walter Buch 1883-1949. Militär, Antisemit, später NS-Richter
Wilhelm Dreher 1892-1969. Werkzeugschlosser, Eisenbahner
Franz von Epp 1868-1947. Militär und Freikorpsführer
Gottfried Feder 1883-1941. Bauingenieur, Finanzkritiker, Antisemitischer Autor
Wilhelm Frick 1877-1946. Jurist, ex-leitender Polizeibeamter, Fraktionsvorsitzender
Joseph Goebbels 1897-1945. Journalist, Gauleiter
Hermann Göring 1893-1946. Jagdflieger, Pour le mérite, Militärberater, SA-Organisator
Ernst Graf zu Reventlow. Schriftsteller, Politiker, Antisemit
Franz Stöhr 1879-1938. DHandelsgehilfenVerein -Funktionär
Gregor Strasser 1892-1934. Apotheker, Propagandaleiter
Joseph Wagner 1899-1945. Lehrerexamen, Angestellter des Bochumer Verein
Werner Willikens 1893-1961. Agronom, Reichslandbundmitglied

Auch bei den Landtagswahlen 1928 bleibt der von Hitleranhängern erhoffte Erfolg aus. Gleichzeitig mit den Reichstagswahlen gewinnt die Partei bei den 5. Landtagswahlen am 20. Mai in Oldenburg 3 von 49 Sitzen (1925 1). Am gleichen Tag bei den 5ten Wahlen in Anhalt nur noch 1 von 53 Sitzen (vorher 2), bei der 4ten Wahl in Bayern 9 von 128 (vorher 23). In der Hamburger Bürgerschaft ist die NSDAP 1924 mit 4, 1927 mit 2, am 19. Februar 1928 mit 3 Sitzen vertreten. In Mecklenburg-Strelitz sitzt nach dem 19. Januar 1928 ein Parteimitglied im Landtag. In Preußen hat sie am 20. Mai nur noch 6 Sitze (1924 11). In Württemberg nach 1924 3 Sitzen 1928 keinen mehr.

Die Wahlergebnisse zeigen, dass die NSDAP trotz aggressiver «antikapitalistischer» Propaganda den linken Parteien kaum Wähler hat abspenstig machen können. Der «legale Weg zur Macht» erfordert eine Kursänderung und Hitler scheint nur darauf gewartet zu haben. Ein neues Slogan lautet: «Arbeiter der Faust und der Stirn, vereint euch! » und lässt erkennen, dass bisher verschmähte Wähler der bürgerlichen Mittelschichten anvisiert werden. Auch hatte Hinrich Lohse (1896-1964), Altonaer Bankangestellter und Stadtverordneter, Bauernpolitiker und seit 1925 NSDAP-Gauleiter in Schleswig-Holstein, die Parteiführung schon im Herbst 1927 auf ein wachsendes Wählerpotential bei ökonomisch bedrängten Klein- und Mittelbauern hingewiesen. Und nicht nur im Norden wuchs dieses Potential, sondern auch in Thüringen, in Bayern und bei den politisch einflussreichen Großgrundbesitzern in Pommern und Ostpreußen. Eine Klientel, die mit «sozialistischen» Parolen nicht zu gewinnen war, eher mit soziologisch unspezifischen nationalistischen und antisemitischen, regierungskritischen, republikfeindlichen. Während die Partei bei den Wahlen 1928 nur in wenigen Städten wie München, Koblenz, den Reichsdurchschnitt von 2,6% übertroffen hatte, konnte sie in ländlichen Gebieten tatsächlich unerwartete Erfolge verbuchen, in Schleswig-Holstein immerhin 4,1% und im Wahlkreis Dithmarschen gar 18%.

«Der kräftige antikapitalistische und «sozialistische» Gehalt der Propaganda , der bis 1928 so viel dazu beigetragen hatte das Bürgertum und die Grossindustriellen von dem gefährlichen Radikalismus der NSDAP zu überzeugen, sollte drastisch reduziert werden. Von nun an hatten Nationlismu, Antisemitismus, Konservativismus, Gesetz und Ordnung, der Vertrag von Versailles und aussenpolitische Fragen im Vordergrund zu stehen. In Hitlers Reden ging es jetzt vornehmlich um die internationale Lage Deutschlands

und um eine wütende Kritik an Stresemanns Aussenpolitik.» (Peter D. Stachura Die NSDAP und die Reichstagswahlen von 1928 VfZ 1978 www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1.pdf)

Im August 1928 unterzeichnen Briand und Kellog einen multilateralen Pakt zur Ächtung von Angriffskriegen. Briands Initiative eines bilateralen Vertrags mit den USA, der in der französischen Öffentlichkeit der Skepsis gegenüber Verhandlungen mit Deutschland entgegenwirken sollte, war gescheitert. Die US-Administration war nicht geneigt Frankreichs Militärbündnisse u.a. mit Polen gegen einen deutschen Angriff militärisch zu garantieren und hatte auf einem multilateralen Vertrag bestanden, der allerdings Frankreichs bisheriges Bündnissystem in Frage stellte. Entsprechend schwierig waren die Verhandlungen, nun unter Einbeziehung Deutschlands, zu einem Vertrag, der 1939 die Grundlage für die britische Kriegserklärung bot und 1945 eine allerdings praktisch nicht zum Zug gekommene Begründung für die Verurteilung der Kriegsverbrecher. Zu den 11 Erstunterzeichnerstaaten gesellten sich noch vor dem Inkrafttreten im Juli 1929 Polen, Belgien, Frankreich, Japan und die SU. Während der Pakt in der deutschen Öffentlichkeit nicht nur in der Hoffnung auf weitere Schritte zur Revision der Versailler Verträge Zustimmung fand, wurde er andererseits von Revanchisten und Republikfeinden als Einschränkung nationaler Handlungsfreiheit schlechtedet.

Angesichts der Verluste der DNVP bei den Reichstagswahlen setzt sie ihre Hoffnungen auf Alfred Hugenberg (1865-1951), Medienmogul und Mitbegründer dieser weitgehend antisemitischen, gegen Republik und Verfassung auftretenden Partei. Er übernimmt im Oktober 1928 den Vorsitz: die DNVP rückt in Richtung kompromissloser Fundamentalopposition. 2005 wird das Bundesverwaltungsgericht statuieren, dass Hugenberg «dem nationalsozialistischen System erheblichen Vorschub geleistet» habe.

Hitler hatte verkündet, alle grossen Umstürzbewegungen seien durch die «Gewalt der Rede» zu Stande gekommen. Die Wahlkampagnen der NSDAP waren dementsprechend auf Kundgebungen und Versammlungen mit «gewaltigen» Rednern abgestellt. 1928 standen angeblich 10-20 000 Versammlungen auf Wahlkampfleiter Himmlers Plan. Mehr als 300 erprobte Redner hatte die Partei nicht. Nach dem schwachen Wahlergebnis sollte sich das ändern. Eine erste Rednerschule ging im Juli 1928 aus der Fernunterrichts-Handelsschule des Oberbayrischen Gauleiters Fritz Reinhardt (1895-1965) hervor, ab 1929 die «Reichsrednerschule». Während die Hitlerpartei nach den Wahlen weithin als unbedeutend galt, mutierte sie gründlich. Neuorientierung der Propaganda, Rationalisierung der Parteistrukturen, Gründung neuer Organisationen: NS-Juristenbund, Ärztesbund, Schülerbund. Der bereits bestehende Studentenbund, wurde von Schirach unterstellt und von ihm extrem nationalistisch und antisemitisch ausgerichtet.

«Die Annäherung der NSDAP an das Bürgertum fand bald greifbaren Ausdruck. Die Partei begann die Bauern systematisch zu hoffieren und zwar durch eine zynische Manipulation von Hirngespinsten von «Blut und Boden», wenn es auch noch bis 1930 dauerte, ehe ein vollständiger organisatorischer und Propaganda-Apparat geschaffen war. Tatsächlich wandten sich die Bauern seit Mitte 1928 mehr und mehr der NSDAP zu , weil sie die Partei zu sein schien, die am aktivsten bäuerliche Interessen vertrat.» (Peter Stachura, Der kritische Wendepunkt? Die NSDAP und die Reichstagswahlen vom 20. Mai 1928; https://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1978_1_3_stachura.pdf).

1928, als dem Dawesplan zufolge ab September die volle jährliche Reparationszahlung anstand, hatte sich die Wirtschaft einigermaßen erholt. Sie hatte das Vorkriegsvolumen erreicht. Doch stand ihr 1928, quasi selbstverschuldet, eine Krise bevor. Zum Anschlag hatte das Reich 800 Millionen Goldmark als 7% «Dawes-Anleihe» im Ausland aufgenommen. Zu tilgen in 25 Jahren. Relativ hohe Zinsen hatte vor allem amerikanische Investoren angezogen und deutsche Banken finanzierten bei anhaltend ungenügenden Spareinlagen die langfristige Kreditvergabe durch kurzfristige Geldaufnahmen im Ausland. Progressive Wirtschaftskonzentration im Montan- und Chemiesektor führte zu Monopolpreisen, die der abhängigen Industrie Schwierigkeiten bringen konnte. Auch Kommunen und Länder hatten Investitionen in Infrastruktur mit Auslandsanleihen finanziert und erhöht Schulden gemacht. Nicht zuletzt hatte die Rationalisierung nach amerikanischem Vorbild (Taylorismus) Arbeitslosigkeit zur Folge. Als dann noch eine weltweite Überproduktion in der Landwirtschaft einsetzte, wurden vor allem auf den Gütern im Osten Arbeitskräfte freigesetzt und grossen wie kleineren Betrieben fehlten die Mittel für Erhalt und Modernisierung. Die 1927 auf 6,2% gesunkene Erwerbslosigkeit in der ca 32 Millionen Erwerbsbevölkerung begann 1928 wieder zu steigen und überstieg im Januar die 2 Millionengrenze. Der durch Währungsstabilisierung und Dawesplan ausgelösten «Kreditschwemme» hatte die Reichsregierung ziemlich hilflos zugehört. In der Folge wurden

zwar Millionen Staatsmehreinnahmen erwirtschaftet aber ohne Rücklagen wieder ausgegeben. In dieser Lage hatte das letztendlich von allen bisherigen am längsten amtierende Kabinett Hermann Müller/SPD nach schwierigen Koalitionsverhandlungen im Sommer 1928 die Arbeit aufgenommen. DVP und Zentrum hatten zwar ihre Beteiligung ausgehandelt aber die Fraktionen hatten dem Kabinett das Vertrauensvotum verweigert. Die DVP hatte verlangt, auch in Preussen im Kabinett der Weimarer Parteien mitzuregieren. Entsprechende Verhandlungen waren gescheitert. Das Zentrum hatte 3 Ministerposten gefordert und nicht erhalten.

Die bürgerliche Vorgänger-Regierung (Marx) war nicht zuletzt an schwarzen Fehlinvestitionen in der Marineverwaltung und am beantragten Bau eines neuartigen Panzerschiffs gescheitert. SPD und KPD hatten den Wahlkampf 1928 mit Argumenten gegen den kostspieligen Panzerkreuzer-A-Bau bestritten. Dennoch bewilligte das neue Kabinett Müller um seinen Zusammenhalt nicht zu gefährden, am 10. August 1928 die erste Baurate. Ein von der KPD getragenes Volksbegehren gegen den Bau scheiterte im September mit Abstand am Quorum. Im Oktober stellte die SPD-Reichstagsfraktion einen Antrag auf Streichung der Baurate aus dem Haushalt. Bei der Abstimmung unter Fraktionszwang stimmten Kanzler und SPD-Minister im November zwar gegen die eigene Entscheidung, jedoch wurden, wie vorauszusehen war, SPD und KPD überstimmt. Das Vertrauen in die Regierung und das Ansehen der SPD nahmen gefährlich Schaden.

Am Montag den 1. Oktober 1928 brachte die Vossische Zeitung einen ausführlichen Bericht von der Generalversammlung der 4500 Reichsbannerdelegierten der «250 Gaue» am Vortag in Hannover. Der Bundesvorsitzende sprach von 262 000 neuen Mitgliedern im letzten Jahr. Der Hauptredner, Reichsinnenminister Severing, nahm die Kundgebung des Stahlhelm in Fürstenwalde vom 2. September aufs Korn, die «Fürstenwalder Haßbotschaft»: «Kampf dem System, das den Staat von heute regiert». Desgleichen das vom Stahlhelm angestrebte Volksbegehren zur Verfassungsänderung zu Gunsten des Reichspräsidenten und autoritärer Staatslenkung. Zu letzterem hatte Stresemann geurteilt, «dass hier eine ganz bewusste Gründung einer Art von Faschistenpartei vor sich gehe» alle DVP-Mitglieder des Kabinetts und viele Parteifreunde traten aus dem Stahlhelm aus.

Aus einer eher unauffälligen Notiz der Voss vom gleichen Tag geht hervor, dass Göbbels am Vortag eine Versammlung der NSDAP im Berliner Sportpalast veranstaltet habe. Hauptredner «Graf Reventlow, der die Minister als Lügner und Büttel des international-jüdisch geführten Kapitalismus bezeichnete. Das Schlusswort hatte der immune Göbbels. » Immun? Wäre er nicht Reichstagsabgeordneter geworden, wären Verfahren in Strafsachen bis hin zu Landesverrat gegen ihn in Gang gekommen.

Am 28. September war das Redeverbot für Hitler in Preussen aufgehoben worden. Am 16. November 1928, am Tag an dem eine Mehrheit des Reichstags gegen das Ende des Panzerschiffbaus stimmt, hält, wie es der Zufall will, Hitler eine erste Rede im überfüllten Berliner Sportpalast. «Hitlers Berliner Visite» titelt die Vossische am 17ten auf Seite 3 und berichtet: «...wie damals in seiner Münchener Zeit kommt ihm heute auch in Berlin die Neugierde der Menschen zu Hilfe. Er ist, auch ausserhalb des Zirkus, noch immer eine Attraktion.» ... «Programm? Doch: die Befreiung Deutschlands. Wie? «Unter Völkern, die durch Pazifismus verseucht, die vernegert, bastardisiert und vermaterialisiert sind, wird mit mathematischer Sicherheit das Volk einmal Sieger sein, dass sich seine Wehrhaftigkeit, seine Ehrbegriffe, seinen Rassenstolz und wirtschaftliche Autokratie erhalten hat». Gegen mathematische Sicherheiten soll man nicht polemisieren. Wohl aber gegen die Voraussetzung dieses mathematischen Ergebnisses, die darin besteht, erst einmal ein Ghetto für alle Deutschen mit Ausnahme der Hitlerleute zu schaffen.»



Illustrierter Beobachter 27, Juli 1928

Hitlers Rede heizte seine radikalen Anhänger an. Gemäss Göbbels Propagandataktik, in der Öffentlichkeit durch Gewalttätigkeit der SA zu polarisieren, kam es in Berlin nach einer «Ruhepause» seit den Wahlen wieder zu Ausschreitungen und daher zum Berliner Verbot von politischen Versammlungen im Freien am 13. Dezember 1928.

Da Stresemann gesundheitlich nicht in der Lage war, leitete zunächst Müller die Delegation zur Völkerbundtagung vom 3. bis 26 September 1928, die er für die zweite Hälfte Stresemanns Vertrautem und Staatssekretär Carl von Schubert überließ. Außerhalb der Versammlung wurden Verhandlungen zu Reparationen und Rheinlandräumung geführt. Am 5. trafen sich Briand und Müller, Briand vertrat ein Junktim beider Fragen, Müller bestand in Anbetracht der Stimmung im Land auf der Rheinlandräumung als Vorbedingung für die Lösung der Reparationsfrage. Nach schwierigen Verhandlungen wurde am 16. September 1928 das Ergebnis bekannt gegeben. Das Junktim war vom Tisch, über die Räumung solle weiter verhandelt werden. In Sachen Reparationen werde eine Kommission von Finanzsachverständigen der 6 Regierungen eingesetzt. Deutscherseits hätte man zufrieden sein können. Stresemann sprach Müller seine Anerkennung aus und selbst Schacht zeigte sich zufrieden ebenso Parker Gilbert, der Generalagent für Reparationszahlungen vom Dawesplan-Transferkomitee. Doch der einflussreiche Reichsverband der Deutschen Industrie hatte sich ein Ende der Unsicherheit in Sachen Reparationszahlungen versprochen. Allerdings war schon vorher der Zeitpunkt für die Genfer Verhandlung ebenso umstritten wie die tatsächliche und voraussichtliche Belastung der Wirtschaft durch die Massgaben des Dawesplans. Hätte man warten können? Frankreich mehr noch als Großbritannien stand unter dem Druck der Schulden seiner

Kriegskredite in USA und Befürchtungen, die Deutschen könnten ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen.

Gemäss der Genfer Vereinbarung und nach Einigung von Churchill, der zunächst keinen Handlungsbedarf sah, mit Poincaré und Gilbert, der deutschen Regierung die Planung und Verantwortung zu überlassen, nimmt am 9ten Februar 1929 in Paris eine Expertenkommission zur Revision des Dawes-Plans die Arbeit auf. Unter dem Vorsitz von Owen Young (1874-1962), Gründer der Radio Corporation of America (RCA) und General Electric Aufsichtsratsvorsitzender der massgeblich schon am Dawesplan mitgewirkt hatte. Deutschland ist vertreten durch Hjalmar Schacht, Reichsbankpräsident und Albert Vögler, Chef der Vereinigten Stahlwerke, die in den letzten Jahren zum europaweit grössten Stahlkonzern gewachsen waren. Vögler (1877-1945), seinerzeit Mitglied der Nationalversammlung, bis 1924 Reichstagsabgeordneter vom rechten Flügel der DVP, kein Freund der Republik, der seiner Partei zur Zusammenarbeit mit der DNVP riet. 1923/24 war er einer der 6 Ruhrindustriellen, die in engem Kontakt mit der Reichsregierung mit Franzosen und Belgiern die zu liefernden Produktionsanteile aushandeln mussten um die Ruhrbesetzung zu beenden und von Berlin mit 700 Millionen für ihre Ausfälle 1925 entschädigt wurden. Als Stellvertreter fungierten Ludwig Kastl (1878-1969), geschäftsführendes Mitglied im Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie, im Gegensatz zu Vögler zum gemässigten Flügel zählend, ehemals Ministerialrat im Finanzministerium und Carl Melchior (1871-1933), Teilhaber der Hamburger Bank Warburg, DDP-nahestehend. Schacht fordert im April, eine Revision der Grenze zu Polen und die Rückgabe der Kolonien zugleich mit einer nach seiner Ansicht der deutschen Zahlungsfähigkeit angemessenen Reparationsleistung. Als die Kommission ablehnte, wollte er die Verhandlungen platzen lassen wurde aber in Berlin angewiesen, einem Entwurf der Kommission zuzustimmen. Vögler trat am 23. Mai zurück.

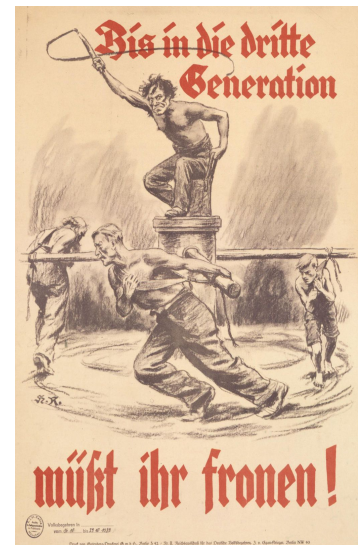
1929 zählte die SA ca 80 000 Mitglieder, die «Rotfront» um die 100 000, der Stahlhelm vielleicht 200 000 und das Reichsbanner ist mit - oder auf dem Weg zu - einer Millionenanhängerschaft und erhält neuerdings eine geschulte «Schutzformation», 250 000 (?) Männer zur Abwehr der Gewalttäter von rechts und links. Das Reichsbanner, gegründet 1924, zu mindestens 85 % SPD-Mitglieder, die mitgliederstarke, staatstragende Organisation, kommt mit seiner Bedeutung im «populären» Geschichtsbild der Weimarer Republik sicherlich, und vermutlich auch bei Historikern zu kurz. Ein Veteranen- und Männerverein, ungeachtet des SPD-Ideals von Geschlechtergleichheit, teilweise quasi-militärisch organisiert aber weder revanchistisch noch militaristisch und schon gar nicht programmatisch antisemitisch und bis zum Panzerkreuzerdilemma der SPD sogar bereit, lokal mit dem Roten Frontkämpferbund gegen Rechts aufzutreten. Die hauptsächliche Bedeutung lag darin, dass das RB mit seinen Propagandaveranstaltungen in Straßen und auf Plätzen, in Sälen und Arenen, mit Zeitung und Flugblättern nicht nur um Anhänger warb, sondern Massenhaftigkeit und soziale Bedeutung derer sichtbar werden liess, die sich, manchmal mit erheblichen Risiken den Angriffen auf Verfassung, Parlament und Staat entgegenstellten.

Das Berliner Verbot politischer Versammlungen wurde im März 1929 für ganz Preußen ausgesprochen. Der 1. Mai, 1929 ein Mittwoch, war in Preußen kein Feiertag. Die SPD veranstaltete ihre Maikundgebung im Sportpalast. Am Vortag hatte es auf Flugblättern der KPD fälschlich geheissen, das Verbot sei aufgehoben. Gruppen von einigen zehn bis einigen hundert zogen in den Arbeitervierteln Wedding und Neukölln durch die Straßen. Ein SPD- und Reichsbannermann wurde von einem Polizisten erschossen, weil er sein Wohnungsfenster nicht schliessen wollte. Die Situation eskalierte, die Polizei setzte am Abend gepanzerte Machinengewehrfahrzeuge ein, was gesetzlich nur bei Widerstand mit Schusswaffen zulässig war. Sie schoss auf Häuser wo rote Fahnen hingen. Einem Aufruf zum Streik gegen die Polizeigewalt folgten am 2ten Mai tausende von Arbeitern. Durch umgehend verhängtes Ausgehverbot und Sperrstunde eskalierte die Situation. Die Polizei durchkämmte zwei Tage lang die Arbeiterviertel, einige 30 Zivilisten wurden getötet, viele verletzt. Viele wurden festgenommen. Als letzten erschoss die Polizei einen neuseeländischen Journalisten der noch auf der Strasse war. Die «Rote Fahne» der KPD musste für sieben Wochen ihr Erscheinen einstellen, Reichsinnenminister Severing erliess ein Verbot des Roten Frontkämpferbundes. Unter den über tausend Festgenommenen waren weniger als 100 Mitglieder des RFB, die Hälfte wurde zu monatelangen Gefängnisstrafen verurteilt. Die behördliche Schuldzuweisung an die Kommunisten und die Übergriffe der Polizei wurden nicht untersucht, letztere hatte etwa 11 000 Schuss verfeuert. In ihren Reihen gab es keine einzige Schussverletzung. So endete der «Blutmai», der die Spaltung zwischen SPD und KPD vertiefte und nicht dazu beitrug, die Legitimität der Staatsorgane zu stützen. Das Verhalten der Behörden förderte den Eindruck von der «Gefährlichkeit» der Kommunisten und damit Sympathien für die extreme Rechte. Jedenfalls verzeichneten die Nationalsozialisten nach der «Niederlage» einen ersten «Aufwärtstrend» bei

den Landtagswahlen in Sachsen am 12. Mai 1929 . Sie erreichten nahezu 5% und erhielten fünf Sitze im Parlament statt bisher 2.

Als der Young-Plan am 6. Juni 1929 vorgelegt wird, hat Schacht mitunterschrieben obwohl er den Plan für undurchführbar hielt, aber nicht Vöglers. Der ist der Wortführer der Schwerindustrie, die die Annahme ablehnt, während andere Industriezweige mit den Erleichterungen auszukommen gedenken. Vögler wird ab 1931 einer der Förderer der NSDAP, ist dann zunächst von Hitler enttäuscht, aber 1933 zu den Märzahlen spendet er wieder und spielt in der Diktatur bis zum Ende eine bedeutende Rolle in Wirtschafts- und Rüstungs-, und in Wissenschafts- und Kulturpolitik. Der Youngplan, der erst im März 1930 vom Reichstag rückwirkend zum 1. September 1929 ratifiziert wurde, senkte die anfänglich zu zahlenden Jahresraten von den 2,5 Millionen im Dawesplan auf 1,7 Millionen. Die Kontrolle über Reichsbank und Reichsbahn wird aufgehoben und die Räumung des Rheinlands wird in Aussicht gestellt. Einzig die Auflage, dass die deutschen Zahlungen zu Hälfte in Goldmark zu erfolgen hatten, sollte sich bald als verhängnisvoll erweisen. Doch zunächst lagen Verhandlungen an zur politischen Umsetzung des Ergebnisses der Expertenkommission.

Auf das erste Anzeichen von Aufwärtstrend bei der Sachsenwahl folgte ein zwar lokaler aber propagandatrichter Schlag der NSDAP in Coburg: Zielperson einer fanatisch geführten antisemitischen Hetzkampagne war ein angesehenen Unternehmer. Der hatte sich gegen masslose Verleumdung durch ein Blatt der Ortsgruppe gewehrt. Der Stadtrat hatte den Urheber der Hetze, einen Angestellten der Stadt und zugleich Herausgeber der Parteizeitung, zur Rede gestellt und weil er sich uneinsichtig zeigte, entlassen. Die 4 Parteigenossen der Fraktion im Stadtrat initiierten einen Volksentscheid und 63% der Wähler votierten für Neuwahlen. Nach einem mit dem Einsatz der Parteispitzen, einschliesslich Hitlers, geführten Wahlkampf entfielen am 23. Juni 1929 43% der Stimmen auf die NSDAP und sie erhielt 13 von 25 Sitzen im Stadtrat. Ein Gericht erklärte die Entlassung für ungültig, «da politisch motiviert».



Noch im Juni begann Hugenberg einen «Reichsausschuss für das deutsche Volksbegehren gegen den Youngplan und die Kriegsschuldfrage» zu organisieren. Es treffen sich die Spitzen des Stahlhelm, der Vereinigten Vaterländischen Verbände und des Alldeutschen Verbandes, des Reichslandbundes, der DNVP und des rechten Flügels der DVP, Fritz Thyssen vom Reichsverband der Deutschen Industrie und Albert Vögler. Und, von Hugenberg eingeladen, Hitler. Eine «Steilvorlage» für diesen, wenn der Propagandastreit zwischen Gegnern und Befürwortern der Republik mit einem Fussballspiel zu vergleichen wäre. Der Anfang vom Ende, wenn man die Ansicht vertritt, dass die Gefährdung der Republik eher auf dem Feld der Propaganda als dem der sicherlich grossen und in ihrer Komplexität schwer zu vermittelnden Schuldenproblematik und der wirtschaftlichen und sozialen Probleme und Entscheidungen gelegen hat. Allerdings hatte die NSDAP für die konservative Rechte bisher nichts als Hass und Verachtung gezeigt. Auf der Linie einer Umorientierung von der proletarischen hin zu einer potentiellen bürgerlichen Klientel für Hitler aber eine passende Gelegenheit. Der «Reichsausschuss» hat von Anfang an den Sturz der SPD geführten Regierung im Auge.

Das Konsortium reicht am 28. September 1929 den Entwurf «Gesetz gegen die Versklavung des Deutschen Volkes» mit dem Antrag auf ein Volksbegehren ein. Severing genehmigt, weil er fürchtet, durch Ablehnung die Gegner nur noch zu stärken. Im Gesetzentwurf wird die Kriegsschuld nicht anerkannt, also ist der Paragraph 231 des Versailler Vertrages zu annullieren, weitere Reparationszahlungen werden abgelehnt, sollten sie dennoch Verpflichtungen akzeptieren. werden Reichskanzler und Minister sowie ihre



Bevollmächtigten als Landesverräter bestraft. Letzteres war Hitlers, selbst im Ausschuss umstrittener Beitrag.

In den zwei Wochen der Eintragungsfrist reiste Hugenberg unermüdlich von Stadt zu Stadt und hielt jeden zweiten Tag eine Rede. Die NSDAP veranstaltete im Oktober 7 000 Versammlungen. In Baden ging es auch um die Landtagswahl am 27. Oktober 1928 und auch in Lübeck standen Wahlen am 19. November und in Thüringen am 8 Dezember vor der Tür. Die 3 Wahlen brachten der NSDAP 7, 8,1 und 11,3 % und jeweils 6 Sitze in den Landtagen. In Thüringen gar einen ersten Minister mit Wilhelm Frick für das Innen- und Bildungsressort. In Berlin sassen nach den Wahlen zur Stadtverordneten-versammlung im November erstmals 13 Vertreter von 130 000 NSDAP-Wähler/inne/n (6%) im Stadtparlament.

Der Propagandaaufwand für das Volksbegehren entsprach dem finanziellen Potential der Träger der Kampagne. Die Parolen sind skrupellos. Oben ein Plakat des Zeichners Herbert Rothstängel. Ein zweites Muster demagogischer Werbung entspricht der Förderung der Kampagne durch Bauernverbände und nicht allein aus Kreisen der Schwerindustrie: die Kuh wird deutscherseits mit Futter versorgt aber Milch und Mist jenseits der Grenze von französischen Militärs abgenommen. Man beachte die Michelmützen und die Kennzeichnung der «verlorenen Gebiete».

Das Volksbegehren erreicht kaum mehr als das Quorum von 10 % der WählerInnen. Der Reichstag debattiert den Gesetzentwurf am 29. und 30. November. Als er ihn mit großer Mehrheit ablehnt, steht ein Volksentscheid an, den die Regierung auf den 22. Dezember 1929 terminiert. Noch einmal läuft die Propagandamaschine der Republikfeinde auf Hochtouren, zumal das verfassungsändernde Gesetz 50% Zustimmung erfordert. Erreicht werden an jenem verkaufsoffenen Sonntag vor Weihnachten nur 13,9 %. Zur Wahl gegangen waren fast nur Befürworter, zu 90 % und mehr. Eindeutige Verlierer waren Hugenberg und die DNVP. Und die Gewinner? Zweifellos waren die Hitlergenossen durch die Kampagne ins Blickfeld einer Wählerschaft gerückt, die bis dahin nur Verachtung für eine Gruppierung empfand, die sie grosssprecherisch in ihrer Lebens- und Denkweise bedrohte und mit Gewalttätigkeit und Verboten Aufmerksamkeit auf sich zog, die jedoch jetzt Klage und Protest gegen schwindende Besitzstände zu Gehör zu bringen versprach und vorgab, Gründe und Schuldige zu kennen und letztere bestrafen zu wollen.

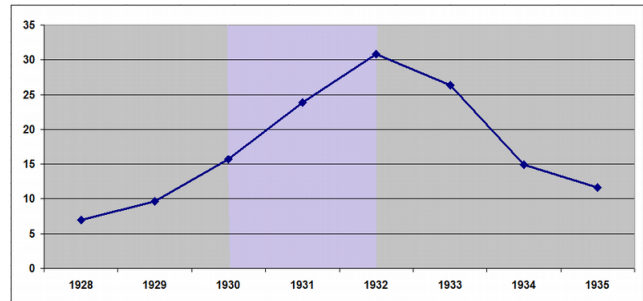
Seit Jahren waren die Aktienkurse in New York jährlich um 14 % gestiegen. Bis 1927. Sie entsprachen damit dem Aufwärtstrend in der US-Wirtschaft. Aber von 1927 bis 1929 stiegen sie noch einmal um 100 %, nunmehr weitgehend aufgrund von spekulativen Käufen. Die Blase platzt, als, beginnend mit dem Kurssturz vom «schwarzen Donnerstag/Freitag», dem 24ten, bis Dienstag dem 29ten Oktober 1929, in weniger als zwei Monaten die Aktien die Hälfte ihres Wertes verlieren. Nicht zuletzt die Deflationspolitik der Administration Hoover lässt das Nationaleinkommen von 1929 bis 1932 um 44% fallen, 10 000 Banken, ein Viertel aller Geldinstitute muss schließen, stürzen ihre Kunden ins Elend. (Zahlen s. Hans Cohnen, Der schwarze Dienstag 1980 <http://userpage.fu-berlin.de/~roehrigw/fragen-der-freiheit/heft144/dienstag.htm>)

Im Arbeitskampf der Eisenindustrie Ende 1928 hatten die Arbeitgeberverbände den Schiedsspruch des staatlichen Schlichters abgelehnt, 230 000 Arbeiter der Schwerindustrie ausgesperrt und einen zweiten Schiedsspruch zu ihren Gunsten erreicht. Doch die Brücken zwischen den Tarifpartnern waren zerstört. Das SPD geführte Kabinett und der Landwirtschaftsminister Hermann Dietrich (DDP) hatten vergeblich versucht, die Auswirkungen des weltweiten Verfalls der Agrarpreise in den Griff zu bekommen, entgegen bisheriger sozialdemokratischer Programmatik in Fortsetzung und Erweiterung protektionistischer Massnahmen der Vorgängerregierungen, mit Zolltarifen, Aussperrung von Importen, massiven Finanzhilfen für pommersche und ostpreussische Grossgrundbesitzer auf Kosten von Hilfen für die Mehrheit bäuerlicher Betriebe. Politik nach Massgabe des 1927 beim Kieler SPD-Parteitag verabschiedeten Programs einer Bauern- und Städter berücksichtigenden «Produzenten- und Konsumenteninteressen verbindenden Agrarmarktlenkung». (Gessner 2006, S.148). Karl Schiller/SPD, später der «Vater der konzertierten Aktion» sah 1940 das Modell für eine zielführende staatsinterventionistische «Neue Agrarpolitik» in dem vom konservativen Hugenberg-Staatssekretär von Rohr, dem vormaligen Geschäftsführer des pommerschen Landbunds, gegen Hitler und NS-Minister und Parteispitzen verteidigten «Fettplan» vom März 1933 (kostendeckende Preise und folglich Produktionserhöhung von tierischen Fetten durch Besteuerung und Quotenregulierung für Margarine). Von Rohrs Verbleiben im Amt war ebenso kurz wie sein Plan erfolgreich. Das Modell fand Anwendung in der «Reichsnährstands-Politik» die bald nicht weniger als die Industriepolitik von Rüstungs- und Kriegszielen bestimmt wurde. 1930 erwies sich:

« Weder die ländlichen noch die städtischen Wähler honorierten, dass nur mit Hilfe der SPD bis 1930 der Agrarprotektionismus in Deutschland Ergebnisse zeitigte, die einer völligen Abkopplung der deutschen Preise vom Weltmarkt recht nahe kamen.» (Dieter Gessner, Marktregulierende Agrarpolitik... VSWG 93 H2, 2006)

Die Arbeitslosenzahlen hatten nicht aufgehört zu steigen, die Bruttoinlandsinvestitionen waren 1929 um mehr als ein Fünftel gegenüber dem Vorjahr geringer, gravierende Liquiditätsprobleme zwangen zu finanzpolitischen Massnahmen. Steuererhöhungen und Neuregelung der Arbeitslosenversicherung waren im Parlament trotz absehbar katastrophaler Folgen bei einem Bruch der Koalition nicht durchzusetzen. Reichsbankpräsident Schacht hatte aufgrund seiner Schlüsselposition in Sachen Kreditgewährung bei mangelnder Liquidität seine Schuldenabbaupläne realisieren können, worauf Finanzminister Hilferding Ende 1929 zurückgetreten war. Aus seiner Sicht scheiterte die SPD geführte Regierung vor Allem an der Kurzsichtigkeit und Unfähigkeit zum Kompromiss der Reichstagsfraktionen. Am 12. März war nach einer letzten Konferenz zur politischen Umsetzung des Youngplans im Januar in Den Haag und nachdem Schacht am 7. März zurückgetreten und Luther am 11. zum Nachfolger gewählt worden war, der Youngplan mit den im Haag vereinbarten Änderungen und Erweiterungen vom Reichstag mit 270 gegen 192 Stimmen angenommen worden. Wichtigstes Ergebnis das Recht Deutschlands auf ein Moratorium seiner Zahlungen. Die Reparationskommission sollte sich mit Inkrafttreten des Plans auflösen, das Reich damit seine Souveränität zurückgewinnen. Noch standen die Ratifizierung durch die Gläubigermächte und die Gründung der BIZ, der Bank für internationalen Zahlungsausgleich in Basel aus. Am 17 Mai trat der «Youngplan» in seiner neuen Fassung in Kraft. In ihrer sehr lesenswerten Arbeit (s.o.) kommt Doris Pfeleiderer zu dem Schluss, dass die Schacht von der Reichsregierung, aufgrund seines Ansehens in internationalen Finanzkreisen, eingeräumte Handlungsfreiheit eine Fehlentscheidung war. Der «Realpolitiker» schloss sich den Feinden der Republik an, wurde aufs Neue Reichsbankpräsident von 1933 bis 1939, Wirtschaftsminister von 1934 bis 1937 und kann als Architekt der Finanzierung des NS-Regimes gelten.

Grossagrarien und Schwerindustrielle, auch Teile der Reichswehr im Verein mit Hindenburg hatten erreicht was sie geplant, als Müller am 27. März 1930 das Handtuch warf. Hindenburg hatte Müller die Durchsetzung der Haushaltsentscheidung des Kabinetts per Notverordnung verweigert. Dem Nachfolger Müllers, Heinrich Brüning/Zentrum verweigerte er sie nicht. Mehr noch, er gab Brüning praktisch Vollmacht für die Anwendung des Artikels 48 der Verfassung. Als das Parlament den Haushalt 1930 ablehnte, nahm Brüning den Weg über den Reichspräsidenten. Als auf Antrag der SPD der Reichstag von dem ihm in Artikel 48 zukommenden Recht Gebrauch machte und im Juli die Notverordnung mit den Stimmen von SPD, KPD, wie auch von DNVP und NSDAP aufhob, verordnete Hindenburg Neuwahlen. Mit Blick auf stabiles Regieren hätte der Zeitpunkt kaum ungünstiger sein können. Das Ergebnis am 14. September war niederschmetternd für Brüning und brachte der NSDAP unerwartet klar den «Durchbruch» zur zweitstärksten Fraktion des Reichstags mit 107 Sitzen nach der SPD mit 143 und vor den Kommunisten mit 77, Brünings Zentrum mit 68, Hugenburgs DNVP mit 41 und DVP mit 30 Sitzen. Angesichts des Ergebnisses blieb der SPD kaum anderes übrig als Brünings Minderheitskabinett und sein Regieren per Notverordnung zu tolerieren. Das hieß soziale Einschränkungen hinnehmen, die entschieden härter waren als ein Kabinett Müller je beschlossen hätte. Die Lage verschärfte sich insofern, als das Wahlergebnis die ohnehin in Folge der amerikanischen Wirtschaftskrise bedeutenden Rückforderungen kurzfristiger Kredite weiter verstärkte und Deutschland stärker als andere europäische Länder in den Sog der Weltwirtschaftskrise geriet.



Die Reichsbank verlor 1930/31 mehr als die Hälfte ihrer Gold- und Deviseneinlagen. Sie sah sich gezwungen ihre Refinanzierungskredite zu verknappen, wodurch die Banken in Liquiditätsnot gerieten. Die Geld- und Kreditverknappung wirkte auf die Konjunktur, die Arbeitslosenquote stieg rapide. In USA ergriff die Administration Hoover keine Massnahmen, der Deflation zu begegnen, sie setzte im Gegenteil auf ein «Gesundshrumpfen» der Wirtschaft. Auch das deutsche Präsidialkabinett betrieb Deflationspolitik, hier auch mit der Perspektive, dass die Alliierten einen Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft nicht riskieren würden und schliesslich auf Reparationszahlungen verzichten würden. In Deutschland fiel die industrielle Produktion um 40%, in USA um 48%, in Frankreich zwar nur um 26% aber solche Zahlen sind nur begrenzt Indikatoren für soziale Not und noch weniger für politische Stabilität. Festzuhalten ist, dass die deutsche Republik nicht durch die ökonomischen Zwänge in Gefahr geriet, sondern durch eine Politik, die fixiert war auf die Zurückweisung auferlegter Kriegsfolgebelastungen. (Reinhard Neebe, Großindustrie, Staat und NSDAP 1930-1933, Göttingen 1981, S.50 <http://neebe-grossindustrie.digam.net>)

Die NSDAP zählte vor 1930 um die 100000 Mitglieder, 130 000 im September 1930. Unter Göbbels Leitung hatte sie einen Wahlkampf mit um die 1000 geschulten Rednern in unzähligen Wahlveranstaltungen vor allem auch in ländlichen Gegenden geführt. SA Kolonnen marschierten durch die Dörfer. Sie präsentierte sich als die Jugend der Nation. In Berlin wurden schwarz-rot-goldene Fahnen von den Masten gerissen. Am Wahlabend wurde im gemieteten Sportpalast, wo Hitler am 10. September gegen die regierenden «Betrüger» gewettert und der «Nation» die «Befreiung» versprochen hatte, Göbbels im Jubel auf den Schultern herumgetragen. Zur Reichstagseröffnung am 13. Oktober erschienen die Abgeordneten im Schutz ihrer Immunität sämtlich in Parteiuniform, was in Preussen verboten war. Im Wahlkampf hatte die Führung Zurückhaltung in Sachen Antisemitismus angeordnet. Jetzt aber, am 13. Oktober, wurden «jüdisch aussehende» Passanten in der Stadt beschimpft und verprügelt und bei Wertheim am Wittenbergplatz die Schaufenster eingeworfen. Ihre Wähler hatte die Partei in erster Linie in protestantischen ländlichen Landesteilen gewonnen, auch bei den Landarbeitern. Mehr bei Männern als bei Frauen. Überdurchschnittlich auch unter Beamten. (Wikipedia Reichstagswahl1930). Unzufriedenheit mit den Hilfsmassnahmen, die Brünings Kabinett mit dem Reichlandbundespräsidenten Martin Schiele als Ernährungsminister gleich zu Anfang verabschiedet hatte, hatte einen Teil der «Ostalb» und des Landbundes die NSDAP wählen lassen. Schiele war vor den Wahlen aus der DNVP ausgetreten. Er musste seine Präsidentschaft im Landbund niederlegen. Im März 1931 gab Hitler die Parole «Hinein in den Reichslandbund» aus, bald wurde Werner Willikens Mitglied im Vorstand des mächtigen Verbandes.

Die strategische Wende der Abkehr von linken «sozialistischen» Zielen der Nationalsozialisten hatte sich ausgezahlt. Wer sie nicht mitmachen wollte konnte gehen. Im Mai 1930 hatte Hitler Otto Strasser angeboten den Berliner «Kampfverlag» für 120 000 RM zu kaufen. Strasser ging auf das Angebot nicht ein, trat am 4. Juli aus der Partei aus und publizierte «Die Sozialisten verlassen die NSDAP», eine Kritik der Münchener Parteiführung die er u.a. an ihrer Ignoranz der erfolgversprechenden Kampfmethoden Gandhis, des gewaltfreien Widerstands und des zivilen Ungehorsams, festmacht. Auf Bruder Gregor mit seinen überparteilichen Verbindungen wollte Hitler ungern verzichten, so dass Gregor weiter wirken konnte, wenn auch parteiintern weniger nachhaltig nachdem er sich förmlich von Otto distanziert und Hitler seiner Loyalität versichert hatte. Otto schloss den Verlag zum 1. Oktober 1930. Die von ihm im Juli 1930 gegründete «Kampfgemeinschaft revolutionärer Nationalsozialisten» (KGRNS), der sich u.a. der ehemalige Generalstabsoffizier, Monarchist, Putschist und Offizier der geheimgehaltenen «Schwarzen Reichswehr» Bruno Ernst Buckrucker anschloss, zog nicht wie erhofft Kommunisten an. Mit gerade mal 2000 abtrünnigen SA-Männern nach einer parteiinternen Revolte am 1. April 1931 blieb sie eine Splittergruppe. Unbedeutend blieb auch ihr von Strasser ediertes Organ «Schwarze Front» und 1932 die paramilitärische «Schutztruppe gleichen Namens. Als gleich nach der «Machtübernahme» die KGRNS verboten wurde, floh Strasser mit Familie und betrieb in Prag den Widerstand gegen Hitler, dessen Bedeutung von der Gestapo und von ihm selbst reichlich überschätzt wurde.

VII.

Das Kabinett Brüning setzte seine Deflationspolitik fort. Vorrang hatte dabei das aussenpolitische Ziel, die Alliierten, speziell die Franzosen zu bewegen, angesichts der Zuspitzung der deutschen Finanzlage auf weitere Reparationszahlungen zu verzichten. Am 20 Juni 1931 verkündete US-Präsident Herbert Hoover den Vorschlag alle Kriegsschuldendienste für ein Jahr auszusetzen. Damit sollten amerikanische Investitionen in Deutschland vor einem Zusammenbruch der Wirtschaft geschützt werden. Ausser bei den Hitlerleuten, die ihre «Machtübernahme» verzögert sahen, begegnete man in Deutschland dem Hooverplan mit Enthusiasmus. Um den unmittelbar drohenden wirtschaftlichen Zusammenbruch zu verhindern hatte das Brüningkabinett Vorbereitungen getroffen, das im Youngplan vorgesehene Moratorium zu beantragen. Hoovers Vorschlag war mit den Deutschen und den Briten abgesprochen, nicht mit der Regierung Pierre Laval in Paris. Die protestierte heftig und bestand auf der Fortsetzung der Reparationszahlungen, zumal die Wählerschaft der politischen Rechten und ihre Medien sehr erregt reagiert hatten. Die Banque de France hatte erhebliche Devisen und Goldreserven angelegt und Frankreichs Kreditwirtschaft in der Krise bis dato zur vergleichsweise stärksten der Alliierten werden lassen (s. Philipp Heyde VjZ 48, H.1, 2000 https://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1_2_heyde.pdf). Als nach zähen Verhandlungen ein Kompromiss gefunden wurde und ein Moratorium am 9. Juli in Kraft treten konnte, war es zu spät. Am 13. Juli 1931 brach die Danatbank zusammen und der folgende Ansturm auf die Banken hatte zu ihrer kurzfristigen Schliessung per Notverordnung geführt. Das Börsengeschäft wurde per Notverordnung sogar bis ins Frühjahr 1932 unterbunden. Die Reichsbank hätte aus Devisen- und Goldmangel die Reparationszahlungen ohnehin einstellen müssen und in ihrem Jahresbericht im Dezember 1931 bestätigte auch die BIZ in Basel (Bank für internationalen Zahlungsausgleich s.o.), dass Deutschland auch in einem Jahr nicht in der Lage sein werde die Young-Plan Zahlungen wieder aufzunehmen und empfahl erneute Verhandlungen.

Aus heutiger Sicht war die Deflationspolitik, selbst wenn man das aussenpolitische Ziel der Einstellung der Reparationszahlungen nicht ganz ausser Acht lässt, ein fataler Fehler. Die Lehren der klassischen Ökonomie, auf denen sie beruhte, standen seit langem in Frage. Sei es, dass John Maynard Keynes u.a. den Goldstandard anprangerte oder gar Sylvio Gesells «umlaufgesichertes» Geld diskutiert wurde, Alternativen zur Deflationspolitik wurden vorgeschlagen aber nicht akzeptiert. Am 16/17 September 1931 trafen sich an die 30 Wirtschafts- und Finanzfachleute zu einer geheimen Konferenz, Spitzen aus Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsministerium, vom Rechnungshof, von der Reichsbank, aus der Reichskreditanstalt, Ökonomen aus Wirtschaft und Universitäten. Thema Krediterweiterung, Geldschöpfung bei Aufgabe des Goldstandards den John Maynard Keynes vor Jahren schon als längst überfällig bezeichnet hatte, und die Grossbritannien gerade praktizierte. Grundlage der Diskussion ein Plan von Wilhelm Lautenbach aus dem Wirtschaftsministerium vom 9. September. Dass die Konferenz zunächst ohne Folgen blieb, hatte Gründe in den im Plan vorgesehenen Lohnkürzungen und in Inflationsängsten in der Bevölkerung.

Mit dem Beginn der Präsidialkabinette kommt ein Merkmal der jungen Republik einmal mehr ins Blickfeld: ihr ungeklärtes Verhältnis zu Militär und Militarismus und das der Reichswehr zu ihr. Der 1931 amtierende Wehrminister Wilhelm Groener hatte als Erster Generalquartiermeister der kaiserlichen Armee im Einvernehmen mit der provisorischen Regierung Ebert für geregelte Auflösung des Millionenheeres und den Schutz von Regierung und verfassungsgebender Versammlung vor ihren linken wie rechten Gegnern gesorgt. Wohl wissend um die militärischen Konsequenzen einer Ablehnung, hatte er für die Annahme des Versailler Vertrags plädiert. In Preußen war der Württemberger Wather Reinhardt, vordem Divisionär im Kriegsministerium, für die Demobilisierung verantwortlich. Im Herbst 1919 wurde er Chef der Heeresleitung und begann im Einvernehmen mit Wehrminister Gustav Noske die Streitkräfte zu einer republikanischen Armee und Marine zu formen. Im März 1920 überwarf er sich mit dem Chef des Truppenamtes, dem Preußen Hans von Seeckt, weil er als einziger hoher Militär gegen den 100-tägigen Lüttwitz-Kapp-Putsch die Reichswehr einzusetzen bereit war. Er verliess sein Amt, Seeckt wurde Nachfolger und baute die Reichswehr unter strengster Geheimhaltung zu der flexiblen jederzeit erweiterbaren Streitmacht aus, die sehr bald den Absichten des Versailler Vertrags Hohn sprach. Auf Eberts einschlägige Frage, heisst es, war seine Antwort: «Ob die Reichswehr der politischen Führung gehorcht weiss ich nicht, ich weiss, dass sie mir gehorcht». 1924 beauftragte Seeckt den als klugen Kopf bekannten Kurt von Schleicher, seine Kandidatur für die Nachfolge Eberts vorzubereiten. Es kam nicht zur Kandidatur, weil Schleicher meinte durch den

frühzeitigen Tod Eberts sei die Vorbereitungszeit zu kurz geworden. Die Angelegenheit signalisiert jedoch, wo 1925 ein Grund unter anderen für die knapp gewonnene Nachfolge eines ehemaligen Generalfeldmarschalls und obersten Heeresleiters gegen einen bürgerlichen Kulturpolitiker und 1917 Befürworter eines Verständigungsfriedens zu finden ist. Von Seeckts Absichten könnten kaum klarer zum Ausdruck kommen als in einem Brief an den Reichskommissar von Kahr in München, abgeschickt am 5. November 1923, angekommen jedoch erst nach der Hitler-Ludendorff-Episode:

«... Ich sehe klar, daß ein Zusammengehen mit der soz. dem. Partei ausgeschlossen ist, weil sie sich dem Gedanken der Wehrhaftmachung verschließt. Ein gleiches gilt für mich von allen Strömungen, die auch außerhalb der Sozialdemokratie pazifistisch und international eingestellt sind... Mir könnten Sie und andere die Gerechtigkeit widerfahren lassen anzuerkennen, daß es mir gelungen ist, die Reichswehr von jeder soz. dem. oder ihr nahestehenden Beeinflussung fernzuhalten. Dabei ist allerdings mein Bestreben gewesen, die Reichswehr von jeder Parteipolitik loszulösen, was mit einer Erziehung zu nationalem Denken nichts zu tun hat...»

Nicht nur im Bankensektor interveniert die Regierung per Notverordnungsvollmacht des Präsidenten. Auch Versammlungsfreiheit, Pressefreiheit, Tarifrechte, Höhe der Arbeitslosenunterstützung und Renten werden zeitweise oder dauerhaft eingeschränkt. Mit dem Youngplan und der ausufernden Propaganda der Ultrarechten eine undifferenziert antifranzösische Haltung in der Öffentlichkeit Boden gewonnen und der Hooverplan hatte die französischen Perspektiven längerfristiger Finanzplanung zerstört. Die Beziehungen zwischen den Regierungen waren gespannt. Ein Staatsbesuch von Laval und Briand in Berlin am 29. September 1931 sollte in der Krise der Verständigung dienen. Eine Kranzniederlegung am Grab Stresemanns bewegte die Öffentlichkeit. Die NS-Propaganda hatte nur Verachtung übrig (s. Nebenstehenden Artikel des Heidelberger Beobachter vom 25.9.1931).

Der Briand-Plan einer europäischen Union vom 30. Mai 1930 war in Deutschland mit dem quasi traditionellen Verdacht gegenüber europäischen Einigungsbestrebungen als Ausdruck hegemonialer Interessen aufgenommen worden. Er war ohnehin infolge der Krise hinfällig geworden. Seit dem Frühjahr 1931 ventilierten die Aussenminister Österreichs und Deutschlands den Plan einer österreichisch-deutschen Zollunion, den schon Stresemann anvisiert hatte, mit der Perspektive einer europäischen Erweiterung. Als der Völkerbundrat im Mai damit befasst wurde, kam es zu erregtem Widerstand Frankreichs und besonders Aristide Briands. Lag in dem Plan ein Verstoß gegen Bestimmungen des Vertrages von St. Germain zur Unabhängigkeit Österreichs? Sollte ein «Anschluss» gefördert werden? Beim Internationalen Gerichtshof wurde ein Gutachten eingeholt. Da es negativ ausfiel wurde der Plan aufgegeben und Aussenminister Julius Curtius trat, wie mit Brüning verabredet, Anfang Oktober 1931 zurück.



Seit dem Frühjahr 1931 ventilierten die Aussenminister Österreichs und Deutschlands den Plan einer österreichisch-deutschen Zollunion, den schon Stresemann anvisiert hatte, mit der Perspektive einer europäischen Erweiterung. Als der Völkerbundrat im Mai damit befasst wurde, kam es zu erregtem Widerstand Frankreichs und besonders Aristide Briands. Lag in dem Plan ein Verstoß gegen Bestimmungen des Vertrages von St. Germain zur Unabhängigkeit Österreichs? Sollte ein «Anschluss» gefördert werden? Beim Internationalen Gerichtshof wurde ein Gutachten eingeholt. Da es negativ ausfiel wurde der Plan aufgegeben und Aussenminister Julius Curtius trat, wie mit Brüning verabredet, Anfang Oktober 1931 zurück.

Für Hindenburg und seine Berater die Gelegenheit zur Bildung eines 2ten Präsidial-Kabinetts auf dem Weg zur Entmachtung des Parlaments und zu ungestört autoritärer Führung. Im kommenden Frühjahr stand die Reichspräsidentenwahl an. Eine Koalition mit der SPD stand für den Präsidenten längst ausser Frage, er hatte Hermann Müller mit den Worten geschätzt «schade dass er ein Sozi ist». Brüning suchte Unterstützung bei Hitler und Hugenberg, allerdings unter der Bedingung, das sie ihre Parteien für die Wiederwahl Hindenburgs einstimmen würden, was beide ablehnten. Die DVP rückte nach rechts und versagte Brüning die Unterstützung. Im zweiten Kabinett Brüning vom 9. Oktober 1931 fehlten weiterhin explizite Feinde der Republik. Am 10. scheiterte der Versuch Hindenburgs und Brünings, Hitlers absolute Ablehnung und unvermittelte Erfolgsstrategie zu mässigen. Der Empfang beim Präsidenten hatte einzig dem Reputationsgewinn Hitlers gedient. Der Zusammenschluss der Republikfeinde einschliesslich des Reichslandbundes, der Vaterländischen Verbände und des Stahlhelm zur «Harzburger Front der nationalen Opposition» am 11. Oktober veranlasste die SPD, auch die neue Minderheitsregierung zu tolerieren. Noch im Oktober liess sie mehrere Notverordnungen im Reichstag passieren, bevor sich das Parlament auf den Februar 1932 vertagte. 1930 hatte der Reichstag 98 Gesetze verabschiedet und 5 Notverordnungen waren ergangen. 1932 werden nur noch 5 Gesetze parlamentarisch beschlossen, 66 Notverordnungen des Kabinetts mit Vollmacht des Präsidenten erlassen.

Hitler hatte vorgesorgt um gleich klarstellen zu können, wer die Harzburger Front bestimmte. Einzig im Freistaat Braunschweig stellte die NSDAP in der Koalitionsregierung den Innen- und Polizeiminister. Nur in der 150 000 Einwohner zählenden Stadt konnte ein SA-Aufmarsch mit polizeilicher Genehmigung und unter

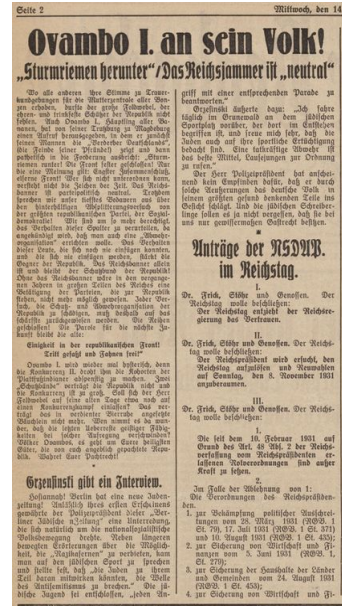
Polizeischutz stattfinden. Also hatte der Parteichef für den 17. und 18. Oktober einen «Aufmarsch der 100 000» der SA mit Fahnenweihe und Hitlerreden angesetzt. Die Zahl sollte bewusst der Begrenzung der Reichswehr auf die vertraglich festgelegte Stärke Hohn sprechen. Ob sie in Braunschweig erreicht wurde bleibt dahingestellt, die Machtdemonstration liess als solche kaum zu wünschen übrig. «Strafexpeditionen» von SA-Trupps fehlten nicht, 2 Arbeiter wurden ermordet, es gab zahlreiche Verletzte. Das reichsweite Uniformverbot blieb einfach unbeachtet. Der lokale SPD-Vorsitzende berichtete von Strassenkämpfen an Wehr- und seit kurzem auch Innenminister Groener. Die Beerdingung der beiden Toten am 22. Oktober rief 25 000 Menschen auf den Plan.

Groener, mehrmaliger Verkehrsminister in der frühen Republik, war im Januar 1928, als ein Skandal um die geheime Aufrüstung der Reichswehr drohte, im Zug der Schadensbegrenzung Wehrminister im Kabinett Marx geworden. Er behielt sein Amt in den folgenden Kabinetten und hatte zum 1. Februar 1929 seinen alten Untergebenen Schleicher zum Generalmajor befördert und den bisherigen Abteilungsleiter zum Staatssekretär (Chef des Ministeramts) gemacht. Beide gehörten zum engsten Beraterkreis des Präsidenten. Schleicher hatte seine Finger im Spiel gehabt. als Hindenburg seine Einwilligung zurücknahm, die Massnahmen des Kabinetts Müller gemäss Artikel 48 durchzusetzen und Brüning zu Marx' Nachfolger ernannte. Schleichers politische Vorstellung war, wie seinerzeit die Seeckt, dass die geheime «Wehrhaftmachung» mit der SPD nicht weiterzuführen sei. Hinzu kam die Ansicht, dass die SPD die aus seiner Sicht notwendigen Sparmassnahmen zur Erfüllung des Youngplans nie akzeptieren würde. Schleicher ging es wie Seeckt letztlich um eine Verfassungsänderung zu Gunsten der Exekutive unter Vermeidung eines «unnötigen» Bürgerkrieges. Schleichers Nahziel zur Stabilisierung der Republik blieb das Präsidialkabinett mit Notverordnungsvollmacht des Präsidenten, gestützt durch eine Mitte-Rechts-Mehrheit im Parlament. Wenn die Möglichkeit eines Bürgerkrieges in Schleichers Horizont lag, dann auch, weil die Stärke der SA ständig wuchs, im Frühjahr 1932 300000 zählte, und Ernst Röhm, ihr Chef seit Januar 1931, nach 2 Jahren Berater im Aufbau der bolivianischen Armee, sie zügig zur parteiunabhängigen «unpolitischen» (s.o. Seeckt) «Volksmiliz» ausbauen wollte, die nach einer «Machtübernahme» mit der Reichswehr vereint würde. Solche Milizpläne liess Hitler ihm allerdings nicht durchgehen, so sehr ihm die wachsende SA zustatten kommen mochte.

In der anschließenden Vollziehung spricht Gregor Strasser als Beauftragter des Führers in einer großangelegten Rede und in der ihm eigenen vertrauensweckenden Art über die Aufgaben der Frau im Staat, so wie sie Adolf Hitler erkannt hat und wie er sie in seinem Staat einsetzt der Frau zuweisen wird. „Die politische Macht im Staat zu erlangen ist nicht schwer, aber den Staat aufzubauen und zu erhalten ist die schwerste Aufgabe und dazu brauchen wir die deutsche Frau!“

Die «Öffentlichkeitsarbeit» der NSDAP reichte nicht. Im Zug organisatorischer Straffung gingen bisher unabhängige Vereinigungen in neuen Unterorganisationen der Partei auf. So auch der 1926 gegründete Deutsche Frauenorden in der NSF, der NS-Frauenschaft. Sprecher bei der Auflösungsstagnung Ende September

1931: «Reichsorganisationsleiter» Gregor Strasser (s. nebenstehenden Ausschnitt aus dem Bericht des «Heidelberger Beobachter» (HB) vom 28.9). Bewusst diffamierende Polemik sind Mittel der Propaganda der NS-Presse (nebenstehender Text erschien am 14. Oktober 1931 im HB). Grobe Verunglimpfung des Reichsbanners und seines Präsidenten Otto Hösing (Ovambo I) und gezielt herabsetzende antijüdische Ausfälle im folgenden Bericht («gewissermassen nur Gastrecht» für die «jüdischen Schreiberlinge») kennzeichnen die NS Publizistik. Am 11. September hatte Hitler versucht in einem Treffen mit Thyssen, Kirdorf, Vögler und anderen Industriellen wohl vor Allem der Finanznot der Partei abzuhelfen. Einstweilen ohne grossen Erfolg. Die SA war weit davon entfernt, ihren Strassenterror aufzugeben. Am 12. September, dem jüdischen Neujahrsfest Rosch ha-Schana demolierten SA-Männer in Berlin jüdische Geschäfte, beschimpften, prügeln und verletzten Passanten. Am 15. November 1931 wurde die Partei im hessischen Landtag mit 27 Sitzen stärkste Fraktion vor der SPD mit 15 Abgeordneten. Bei den Kommunalwahlen in Lippe am 11. Januar 1932 lag die NSDAP mit 37 zu 21% weit vor der SPD. Im Januar 1932 sprengten 200 SA eine Versammlung der KPD, töteten 2 KPD-Mitglieder. In der Berliner Universität hinderten nationalsozialistische Studenten mit Gewalt jüdische Komilitonen am Betreten, 4 wurden verletzt. Am 26. Januar redet Hitler im Industrieclub Düsseldorf, verkleidet die partei-üblichen antisemitischen Parolen mit völkischen und befürwortet Privateigentum, aber Demokratie, «Herrschaft der Zahl», und erst recht Bolschewismus, sind nivellierende Internationalismen, die keines «Volkes» Eigenart



entsprechen. Weder der ausländische Druck, noch die globale Krise wohl aber der Verfall seines inneren, völkischen Wertes haben die deutsche Nation in die gegenwärtige Not gebracht:

«Drei Faktoren bestimmen wesentlich das politische Leben eines Volkes.

Erstens der innere Wert eines Volkes, der als Erbmasse und Erbgut durch die Generationen hindurch immer und immer wieder weitergegeben wird, ein Wert, der nur dann eine Veränderung erfährt, wenn der Träger dieses Erbgutes, das Volk, sich in seiner inneren blutsmäßigen Zusammensetzung selbst verändert. Sicher ist, daß bestimmte Charakterzüge, bestimmte Tugenden und bestimmte Laster bei Völkern solange immer wiederkehren, solange ihre innere Natur, ihre blutsmäßige Zusammensetzung sich nicht wesentlich geändert hat. Ich kann die Tugenden und die Laster unseres deutschen Volkes bei den römischen Schriftstellern schon genau so feststellen wie ich sie heute sehe. Dieser innere, das Leben des Volkes bestimmende Wert kann aber, wenn nicht durch blutsmäßige Veränderung der Substanz, durch nichts beseitigt werden».
(<http://www.tenhubergreinhard.de/taeter-und-mitlaeufer/dokumente-hitler-adolf/rede-hitlers-vor-dem-industrie-club-in-duesseldorf.html>)

Wenn es anschliessend heisst, Demokratie stelle schlechterdings «Neger, Arier, Mongolen und Rothäute» auf gleiche Stufe, wird sich niemand gefragt haben, wer unter den genannten die «blutsmäßige Substanz» hierzuland entwerte. Kaum jemand konnte zweifeln, dass die programmatische anti-jüdische Diskriminierung seitens der NSDAP angesprochen war, und die Absicht des Redners aggressiv anti-jüdische Einstellung im «Volk» zu verbreiten. Weiter hiess es nie könne eine Reichswehr einer demokratischen Führung unterstellt sein, denn das Militär brauche absolute Autorität an der Spitze, der völkische Staat müsse autoritär geführt werden. Abgesehen vom Parteigenossen Thyssen lassen sich die anwesenden Industriekapitäne allenfalls zu geringen Spenden bewegen. Bis zum 30 Januar 1933 bleibt die Partei hauptsächlich von Mitgliedern finanziert. Dass aber eine Annäherung stattgefunden hatte, zeigt am nächsten Tag ein Treffen der beiden Stahlindustriellen Vögler und Poensgen, eingeladen von Thyssen, mit Hitler, Göring und Röhm.

Nachdem der Versuch eine Verlängerung seiner Amtszeit über den Reichstag zu erreichen nicht gelungen war, erklärt Hindenburg am 15ten Februar seine Bereitschaft, sich der allgemeinen Wahl zu stellen. Eine Woche später verkündet Göbbels die Gegenkandidatur Hitlers. Nur stellte sich ein Problem: der Kandidat muss einen deutschen Pass besitzen und Hitlers Pass weist ihn als staatenlos aus. Die Lösung: der einzige NSDAP-Landesinnenminister Klagges im Freistaat Braunschweig ernennt ihn zum Regierungsrat. Im Wahlkampf setzt seine Partei ein neues Propagandamittel ein: sie verteilt 50 000 Schallplatten mit Hitlerreden.

Am 27. Februar fordert die SPD auf, Hindenburg zu wählen. Im ersten Wahlgang am 13. März erreichen Hindenburg 49,6, Hitler 30,1, DNVP-Kandidat und Stahlhelmführer Duesterberg 6,8 und Kommunist Thälmann 4,98 %. Bei den gleichzeitigen Landtagswahlen in Mecklenburg-Strelitz verliert die SPD mit 10 Sitzen ihre Mehrheit an die DNVP mit 11 und gefolgt von der von 1 auf 9 Sitze erstarkten NSDAP. Die Parteiblätter sind unvermindert siegessicher. «Der Kampf geht weiter» betont der Chef. Im zweiten Wahlgang am 10 April erhält Hindenburg 53%, Hitler 36,8, Thälmann 10,2. Weder Hitler noch die Parteipresse gehen auf die Niederlage ein, Landtagswahlen stehen vor der Tür, «Der Kampf geht weiter» bleibt die Parole. Am 13. April, 11 Tage vor den Landtagswahlen in Anhalt, Bayern und Preussen verbietet Innenminister Groener die SA.